

der stacheldraht

FÜR FREIHEIT, RECHT UND DEMOKRATIE

13017

Nr. 9/2009



Universität Leipzig karlmarxt weiter

Recht: Verfolgte Schüler

Zwangsaussiedlung – lebenslänglich

Aktuell

- 3 Stasi-Beauftragten einsetzen
Ausstellungsverlängerungen
Wissenschaft kontra Gedenken?
Gar nicht lustig!
Zentrales Denkmal gefordert

Recht

- 4 Erst verfolgt, dann verschuldet – Verfolgte Schüler und Studenten

Aufarbeitung

- 5 Sozialistischer Realismus in Leipzig
- 6 Denkmäler für Kommunismus-Opfer in Osteuropa

Thema

- 8 Entwicklung der Internationalen Strafgerichtsbarkeit, Teil 2

special

- 10 Zwangsaussiedlung in der DDR

Berichte

- 12 Gedenken und Erinnern in Mühlberg
- 13 Zwei Ausstellungen in Berlin-Hohenschönhausen
- 14 Eigenes Gedenken begründet
UOKG-Verbandtreffen

Zeitzeugen

- 15 Weihnachten im sowjetischen Lager
Leser erinnern sich an den Fall der Mauer

Verbände

- 16 Freilassung gefordert
Suchanzeige
Dank
Bundesverdienstkreuze

Service/Bücher

- 17 Sie nahmen mir nicht nur die Freiheit
Gegner raus – Devisen rein
- 18 Überleben im Gulag
Hohenecker Schicksale
- 19 Buchtip

Service/Veranstaltungen

18-19

Umschlagbild:

In einem mehrjährigen Programm stellen Stiftung Berliner Mauer und Berliner Senatskanzlei auf dem ehemaligen Grenzstreifen um Berlin orangefarbene Informationsstelen auf, die am authentischen Ort an die bisher dokumentierten 136 Mauertoten erinnern. Die ersten Gedenkzeichen wurden am 7. November übergeben. Hier abgebildet sind Stele und Informationstafel für Horst Kullack, 1971 angeschossen und an den Folgen verstorben.

Foto: N. Radlitz

Risiken und Nebenwirkungen

Was uns nach zwanzig Jahren plagt

Von Ernst-O. Schönemann

Seit 20 Jahren ist der Fall der Mauer Geschichte. Im Laufe dieser Zeit wuchs kontinuierlich die Zahl jener Menschen, die damals „schon alles vorhergesehen“ hatten. Mit der Erinnerung ist es eben so eine Sache... Interessant wäre, einmal festzustellen, ob all diese Vorherseher damals auch bereits gewußt haben wollen, was uns an weniger schönen Begleitumständen der neuen Zeit bevorstand.

Da wären zum Beispiel diese unsägliche Ostalgie und ihre kommerzielle Nutzung. Am 21. Februar 2009 wurde in Schwerin am Lenindenkmal gefeiert. In der Halle daneben stieg eine große DDR-Party mit FDJ-Hemden und NVA-Uniformen – für 18 Euro durfte man die „DDR“ betreten. Noch eifertiger war Ende 2008 die Deutsche Post, die in der Reihe „60 Deutsche Jahre“ auch eine Silbermünze herausgab, die dem 22. April 1946 gewidmet war, mit Konterfeis von Otto Grotewohl und Wilhelm Pieck sowie der Aufschrift „Neubeginn und Parteien-Einheit 22. April 1946 – KPD SED SPD“. („Der Stacheldraht“ hat mehrfach darüber berichtet.) Erst nach gehörigem Protest wurde die Münze zurückgezogen. Das Münzversandhaus GAVIA GmbH in Konstanz warb mit einer Postwurfsendung an alle Haushalte unter dem Motto „Wir sind 60!“ für die „Gedenkprägung“ einer Silbermünze zur „Geschichte der DDR“. Aufschrift: „60. Jahrestag Gründung der DDR“ und „Auferstanden aus Ruinen“. Natürlich mit großem DDR-Wappen versehen. Ach ja, und von einem Veranstaltungsprogramm der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend eG grüßt ein freundlicher Volkspolizist, der „stets hilfreiche ABV“ die „sehr geehrten Mitglieder“. Die Beispiele ließen sich endlos fortsetzen...

Da wären aber auch all die Alt-Kader der DDR, die nach kurzer Angst-Starre längst wieder im Ideologie- und Machtgeschäft sind, die hemmungslos lügen, ihre Opfer beschimpfen, Geschichtsklitterung betreiben und die unverdienten Früchte des neuen Rechts- und Rentensystems genießen. Eng verbunden mit ihrer Partei Die Linke, bejubeln sie – gedruckt oder

im Internet – die DDR: „Für die Bekämpfung feindlicher, krimineller und subversiver Elemente muß sich das MfS nicht entschuldigen.“ Auch die Kampfgruppen werden gelobt, „die am 13. August 1961 ihre größte Bewährungsprobe bestanden haben!“ Und selbst am Rhein, in der ehemaligen Bildungsstätte der DKP „Karl Liebknecht“, trafen sich Ewiggestrige und feierten den 60. Jahrestag der DDR. Ehrengast war der ehemalige SED-Bezirkssekretär von Neubrandenburg. Egon Krenz ließ sich derweil in Vietnam als Staatsgast hofieren. Schade, daß er nicht geblieben ist.

Und da wäre schließlich der Umgang mit den Opfern der SED-Diktatur. In demütigenden Prozeduren müssen sie ihre Beschädigungen durch Haft und Repression nachweisen, werden als Lügner verdächtigt oder gar für geistesgestört erklärt, wenn sie manchen Gutachtern oder Richtern ihr Verfolgungsschicksal schildern. Kaum zu glauben, doch leider wahr und sogar aktenkundig: Noch immer gibt es Zuständige in Ämtern und Behörden, die behaupten, so etwas könne es in der DDR nicht gegeben haben. Auch kein großes Ruhmesblatt sind die Fürsorgemaßnahmen der Bundesrepublik Deutschland für die Opfer der SED-Diktatur in Form der „Opferrente“. Ganze Verfolgten-Gruppen werden da nicht bedacht. Erst sechs Monate Haft berechtigen zu Ansprüchen, und das nur bei Bedürftigkeit.

Die Opfer und ihre Verbände haben, nicht nur in den letzten Monaten, viel dafür getan, daß die Vergangenheit nicht vergessen wird. Es liegt ja in ihrem ureigensten Interesse. Dem schließen sich schnell und gern Politiker an, besonders im Umfeld einschlägiger Feiertage. Doch bald ist dann alles Schnee von gestern. Und da wären wir wieder beim Phänomen des Anfangs. Vielleicht können all die Vorherseher unseren politisch Verantwortlichen einmal orakeln, wie Öffentlichkeit und Historiker in 50 Jahren ihr heutiges (Nichts-) Tun bewerten werden. Wer will schon als peinliche Fehlbesetzung in die Geschichte eingehen?

Nicht verschleppen

(st) Die Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft UOKG kritisierte scharf auf ihrer Tagung am 28. November in Berlin die Verschleppungspolitik der rot-roten Koalition in Brandenburg bei der Einsetzung eines Landesbeauftragten für die Stasi-Unterglagen und die drohende Abschmelzung des ohnehin schon kärglich geplanten Personalbestandes der künftigen Behörde. Dies sei für die Opferverbände unerträglich.

Begrüßt wurde von dem Dachverband die Initiative des Berliner Abgeordneten-

hauses zur Errichtung eines Zentrums für Widerstands- und Oppositionsgeschichte gegen die SED-Diktatur. Allerdings sei es die einmütige Meinung der Verbandsvertreter, daß die in der UOKG organisierten Opfer und Widerständler maßgeblich an der Trägerschaft und der inhaltlichen Gestaltung beteiligt werden müßten. Weitere kompetente historische und wissenschaftliche Institutionen sollten in die konzeptionelle Arbeit, die Trägerschaft und Realisierung einbezogen werden. Man sei zur Zusammenarbeit bereit.

Verlängerung

(st) Die Open-Air-Ausstellung der Robert-Havemann-Gesellschaft „Friedliche Revolution 1989/90“ auf dem Berliner Alexanderplatz hat seit ihrer Eröffnung am 7. Mai 2009 über eine Million Besucher aus aller Welt angezogen. Sie sollte bis zum 14. November zu sehen sein. Der Berliner Senat hat jetzt beschlossen, die Schau bis zum 3. Oktober 2010 zu verlängern.

Auch die Foto-Ausstellung „Aufgestanden! Bautzen im Herbst'89“ in der Gedenkstätte Bautzen ist verlängert worden. Sie kann noch bis zum 31. Januar 2010 besichtigt werden.

Wissenschaft kontra Gedenken?

(st) „Die Gedenk- und Begegnungsstätte Leistikowstraße Potsdam“ ist in die Kritik ehemaliger Häftlinge und der bisherigen ehrenamtlichen Betreiber geraten. Am 5.11. veröffentlichten die Potsdamer Neuesten Nachrichten (PNN) unter dem Titel „Gedenkstätte im Halbschlaf“ einen Beitrag über die derzeitigen Zustände im ehemaligen KGB-Gefängnis. „Kahle Räume, sporadische Öffnungszeiten, mangelhafte Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit.“ Beklagt werde von Zeitzeugen, von Memorial Deutschland e.V. und dem Förderverein auch, daß während der Erarbeitung einer neuen Dauerausstellung durch die Mitarbeiter weder die bisherige, von Memorial erarbeitete Ausstellung „Von Potsdam nach Workuta“ gezeigt, noch Publikationen, Lesungen oder Zeitzeugengespräche angeboten würden. Der Artikel „Gedenken im Interimsbetrieb“ in den PNN vom 18.11. gab dann der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten Raum, die die Einrichtung übernommen und im März 2009 zur Interimsöffnung eingeladen hatte. Die Erweiterung der Öffnungszeiten und auch

Zeitzeugengespräche seien in den nächsten anderthalb Jahren nicht möglich. Als Grund wurden die wissenschaftlichen Arbeiten für die Dauerausstellung genannt. Auch die Präsentation der bisherigen Ausstellung werde abgelehnt. Sie sei u.a. „durch Alterung unansehnlich geworden und entspreche nicht dem neuesten Forschungsstand.“ Gegenüber dem Hilfsangebot der früheren Betreiber habe sich der Gedenkstättensprecher zurückhaltend geäußert. Die Vereine hätten keine Leitungsaufgaben und keinen Einfluß auf Entscheidungen mehr.

Am 20.11. folgte in den PNN eine Reihe Leserbriefe, in denen heftig die Arbeit der Gedenkstätte verteidigt und die wissenschaftliche Leistung von Memorial angezweifelt wurde. Zehn Tage später, am 30.11., kam noch einmal die Gegenseite zu Wort. Die lesenswerte Kontroverse ist auf den Internetseiten www.pnn.de/potsdam/233022/, www.pnn.de/potsdam/236785/, www.pnn.de/leserbriefe/237601/ und www.pnn.de/leserbriefe/240672/ nachzuvollziehen.

Gar nicht lustig!

Adventskalender

Das ist ja mal eine interessante Vorweihnachtszeit. Fast jeder Tag beschert uns eine neue Überraschung – aus Brandenburg. Aufgeklärte Zeitgenossen freilich sind nicht gerade baß erstaunt. Irgendwo müssen sie schließlich abgeblieben sein, die Hunderttausenden Mitarbeiter und Zuträger des MfS. Genau genommen machen sie es sogar jedem, der nicht beide Augen fest zusammenkneift und mit Ohrstöpseln durchs Leben geht, recht leicht – sie konzentrieren sich in der Linkspartei. So bleibt zusammen, was zusammen gehört.

Es fehlt noch der clevere Geschäftsmann, der daraus einen Adventskalender kreiert. Auf den Türchen die Portraits brandenburgischer Linkspartei-Mitglieder in verantwortlicher Stellung, dahinter ihre Stasi-Verstrickung. Das wäre doch die ideale Geschenkidee für Matthias Platzeck und seine Genossen. Auch der SPD-Bundesvorstand hätte bestimmt viel Spaß daran. Wie es bei diesen Kalendern üblich ist, enthüllt sich das größte Geheimnis (oder das dickste Stück Schokolade) natürlich am 24. - Was da wohl hinter dem Türchen ist?

Friedrich Rudolph

Zentrales Denkmal gefordert

(np) Die Opfer des Kommunismus sollten mehr in den Blickpunkt gerückt werden. Das forderte jetzt Hubertus Knabe, Direktor der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, indem er sich für ein zentrales Denkmal für die Opfer der SED-Diktatur in der Mitte Berlins aussprach. „Die bestehenden Mahnmale sind oft klein und

versteckt und erinnern nur an die Mauterten und nicht an die vielen anderen, deren Leben zerstört wurde“, sagte der Historiker der Neuen Presse in Hannover.

„Viele Verfolgte fühlen sich und ihr Leid unzureichend gewürdigt.“ Knabe machte auch auf die finanzielle Benachteiligung

der Opfer des DDR-Regimes aufmerksam: „Wer in Bautzen Gefängniswärter war, bekommt heute oft eine bessere Rente als jemand, der dort in Haft war. Bei uns wird Anpassung belohnt und Widerstand bestraft – das ist kein gutes Signal für die Zukunft.“

Erst verfolgt, dann verschuldet

Gerechte BAföG-Regelung erneut abgelehnt

In dem 1994 in Kraft getretenen Beruflichen Rehabilitierungsgesetz wurde u.a. der Begriff „Verfolgter Schüler“ definiert und die Leistung für diese Gruppe geregelt. Dabei handelt es sich um Betroffene, denen aus politischen Gründen der Zugang zur Erweiterten Oberschule bzw. zur Universität oder ähnlichen Bildungseinrichtungen verwehrt war oder die vor Erreichen des Schulabschlusses relegiert wurden. Seit Bestehen des Beruflichen Reha-Gesetzes haben die Forderungen seitens der Betroffenen und der Opferverbände, die Leistungen für die Gruppe der Verfolgten Schüler zu verbessern, nicht nachgelassen. Zum einen, weil diese nur Anspruch auf eine bevorzugte Förderung der beruflichen Weiterbildung oder auf Erlaß der im Rahmen der BAföG-Ausbildungsförderung geleisteten Darlehensbeträge haben, sonst aber von den Leistungen nach den anderen Abschnitten des Beruflichen Reha-Gesetzes ausgeschlossen sind. Zum anderen, weil die gesetzliche Regelung die Verfolgten Schüler hinsichtlich des Erlassens des BAföG-Darlehens in zwei Gruppen spaltet: in diejenigen, die bis zur Wiedervereinigung in der DDR geblieben sind, und in jene, die längere Zeit davor die DDR aus politischen Gründen verlassen und ihr Studium in der Bundesrepublik fortgesetzt bzw. aufgenommen haben. Letztere haben sich durch die Inanspruchnahme von BAföG-Darlehen erheblich verschuldet.

Die Regelung des Beruflichen Reha-Gesetzes, nach der bei einer anerkannten politischen Verfolgungszeit oder verfolgungsbedingten Unterbrechung der Ausbildung vor dem 3.10.1990 von mehr als drei Jahren die Inanspruchnahme eines BAföG-Darlehens für die Dauer des Studiums (innerhalb der Förderungshöchstdauer) ohne Rückzahlung möglich ist, trifft für diesen Personenkreis nicht zu, weil die gewährten Darlehen zeitlich vor dem 31.12.1990 liegen. (Das BAföG ist in den neuen Bundesländern zum 1.1.1991 in Kraft getreten.) Das heißt, all diejenigen, die ihr Studium vorher beendet haben, bekommen den geleisteten Darlehensbetrag nicht erlassen. Diejenigen, die zu diesem Zeitpunkt noch studierten, erhielten nur einen Teilbetrag ab 1.1.1991. Wurde aber das Studium erst nach dem 31.12.1990 begonnen, besteht der An-

spruch darauf, daß der geleistete Darlehensbetrag auf Antrag erlassen wird.

Bereits im Vorfeld der 2. Novellierung der rehabilitierungsrechtlichen Vorschriften im Jahre 2000 hatten sich Betroffene an den Petitionsausschuß des Deutschen Bundestages gewandt, diesem Mißstand der Ungleichbehandlung durch eine entsprechende Gesetzesänderung abzuwehren. Dazu sah sich der Petitionsausschuß außerstande, und der Deutsche Bundestag beschloß am 13.4.2000 auf Empfehlung des Ausschusses, das Petitionsverfahren abzuschließen. In seiner Begründung führt der Ausschuß u.a. an, daß die am 1.1.2000 in Kraft getretenen Gesetzesänderungen zur Verbesserung der rehabilitierungsrechtlichen Vorschriften das Ergebnis ausgiebiger Beratungen des Gesetzgebers seien und weitergehende gesetzliche Regelungen nicht in Aussicht gestellt werden könnten. An dieser Auffassung hat sich auch über die Jahre nichts geändert. Die Leistungen für Verfolgte Schüler sind durch keine Gesetzesnovelle verbessert worden. Deshalb haben die Petenten - mittlerweile als Initiative Verfolgter Schüler und Studenten - 2007 erneut eine Petition eingereicht: zur Streichung der Stichtagsregelung 31.12.1990 im § 60 BAföG, zum Wegfall der dreijährigen Verfolgungszeit, zum Erlaß der BAföG-Schulden, zur Rückerstattung der bisher geleisteten BAföG-Rückzahlungen. Damit forderten sie nachdrücklich die rechtliche Gleichstellung aller Verfolgten Schüler.

Mehrere Abgeordnete haben sich im Deutschen Bundestag und bei der Anhörung im Rechtsauschuß eindringlich für die Abschaffung der Stichtagsregelung ausgesprochen. Auch die hinzugezogenen Experten vertraten einhellig diese Meinung. Trotz der positiven Stimmen beschloß der Deutsche Bundestag am 18.6.2009, auch dieses Petitionsverfahren abzuschließen. Er folgte damit der Beschlüßempfehlung des Petitionsausschusses, der sich in seiner Begründung u.a. auf zwei Stellungnahmen des Bundesministeriums für Bildung und Forschung berief.

Zusammenfassend stellte er u.a. fest, daß das BAföG in den neuen Ländern erst zum 1.1.1991 in Kraft getreten sei. Damit



Foto: Peng

Hat wieder mal Schlagseite: die Waage der Gerechtigkeit.

liege es nahe, einen Erlaß der Rückzahlung auf die nach dem BAföG gewährten Darlehen zu begrenzen, auf die ein Anspruch erst nach dem von dem Petenten beanstandeten Stichtag 31.12.1990 entstehen konnte. Es sei hinzunehmen, daß in der DDR politisch verfolgte Schüler, die vor der Wiedervereinigung nach Westdeutschland übersiedelt seien, von einem Erlaß der Rückzahlung der BAföG-Darlehen folgerichtig ausgenommen wären, weil sie ihre Ausbildung bereits vorher absolviert hätten. Dies sei bei näherer Betrachtung auf Grund der durch die Übersiedlung sich ergebenden unterschiedlichen Lebenssituationen gerechtfertigt. Eine nachträgliche Bevorzugung der in die Bundesrepublik übersiedelten Schüler würde diese gegenüber den in der DDR verbliebenen Kommilitonen schon deshalb besserstellen, weil ihre Ausbildung bereits früher beginnen konnte. Auch gegenüber den westdeutschen Kommilitonen wäre ein nachträglicher Erlaß der Darlehensrückzahlung - entgegen der Ansicht des Petenten - nicht zu vertreten. Die mit der Übersiedlung von der DDR in die Bundesrepublik verbundenen Nachteile würden durch damals geltende Eingliederungsmaßnahmen gemildert.

Mit Ablehnung auch dieser Petition sind die Möglichkeiten der Petenten erschöpft. Nun sind die Opferverbände gefordert, sich bei der neuen Bundesregierung mit Nachdruck für die Lösung dieses Problems einzusetzen und eine Gesetzesnovellierung zu erreichen.

Elke Weise, Juristin
BSV-Förderverein für Beratungen

Bilderstürmerei

Die Auferstehung des sozialistischen Realismus an der Leipziger Universität

Von Eckhard Koch

1968 ließen die SED-Machthaber die Leipziger Universitätskirche St. Pauli sprengen. Dieses kultur- und kunstgeschichtlich außerordentlich bedeutsame, 800 Jahre alte Bauwerk, das den Zweiten Weltkrieg unzerstört überdauert hatte, stand der totalitären sozialistischen Umgestaltung der damals nach Karl Marx benannten Universität im Wege. Friedliche Proteste der Bevölkerung konnten jenen Willkürakt der Kulturbarbarei nicht verhindern. Die Staatsmacht knüppelte Protestierende nieder und sperrte sie ein.

Diesen Sieg des Sozialismus über die bürgerlich-christliche Kultur ließ die SED durch zwei Kunstwerke repräsentieren, die am Nachfolge-Bau angebracht wurden, der an der Stelle der gesprengten Universitätskirche errichtet wurde: außen das 33 Tonnen schwere Bronzerelief „Karl Marx und das revolutionäre weltverändernde Wesen seiner Lehre“ und im Inneren, Rücken an Rücken mit dem Relief, das 14 Meter breite Wandbild „Arbeiterklasse und Intelligenz“. Diese Kunstwerke wurden genau dort angebracht, wo sich bis zur Sprengung 1968 die von Arwed Roßbach 1897 geschaffene neogotische Ostfassade der Kirche und innen der Paulineraltar befanden.

Der sozialistische Nachfolge-Bau war so minderwertig, daß schon jetzt ein Ersatz notwendig geworden ist. Vor dem Abtragen des Gebäudes barg man sorgfältig die beiden Werke sozialistischer Propagandakunst. Das Marx-Relief - sozialistisches Siegesmal - wurde inzwischen für mehrere hunderttausend Euro aufwendig restauriert und auf einem Universitätscampus außerhalb der Innenstadt wieder aufgestellt, versehen mit einem Begleittext, der die Rolle der Universität bei der Vernichtung der Kirche verharmlost. Auch heute noch ist die Universität nicht bereit, sich zu ihrer historischen Mitschuld an der Sprengung von Universitätskirche und Augusteum, dem ehemaligen Hauptgebäude der Universität, zu bekennen. Ebenso läßt sie eine klare Distanzierung von der Ideologie des Marxismus-Leninismus, mit deren Durchsetzung die Universität so immensen Schaden nahm, vermissen. Die Universität will den eingeschlagenen Weg weitergehen und mit der öffentlichen Präsentation von

Werner Tübkes Wandbild „Arbeiterklasse und Intelligenz“ in einem Gang des neuen Hörsaalgebäudes uns auch noch das zweite Werk sozialistischer Propagandakunst zumuten. Der künstlerische Wert des von einem der bedeutendsten Künstler der DDR geschaffenen Wandbildes soll gar nicht bezweifelt werden. Die Zumutung besteht vielmehr in seinem durch und durch verlogenen Inhalt. Das Wandbild muß nicht verschwinden, aber umfangreich kommentiert werden, wofür der vorgesehene Aufstellungsort völlig ungeeignet ist.

Auf dem Gemälde sind eine ganze Reihe von SED- und Staatsfunktionären dargestellt, die für die Kulturschande von 1968 mitverantwortlich sind. Nur zwei seien hier genannt: Paul Fröhlich, damals 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Leipzig, und Kurt Kresse, damals Leipziger Oberbürgermeister. Kresse leitete die Stadtverordnetenversammlung, auf der die Eliminierung der Universitätskirche formal beschlossen wurde, und Fröhlich hielt auf dieser Versammlung eine Hetzrede, in der er mit ungewöhnlich scharfen Worten die Kirche und die Theologische Fakultät sowie alle kritischen Bürger bedrohte. Wenn heute die Studenten an der Galerie der Täter kommunistischer Gewaltherrschaft vorbeigehen, bekommen sie von den Opfern nichts zu Gesicht.

In der Angelegenheit des Tübke-Werkes hat sich auch der Leipziger Dr. Volker Külöw zu Wort gemeldet. Er halte es für Bilderstürmerei, das Gemälde nicht wieder aufzuhängen und meint, „dass das Bild wieder gezeigt werden wird, ist ein positives Signal, dass die DDR endlich differenzierter betrachtet wird.“ (DIE WELT, 25.08.2009). Nun ist Külöw nicht irgendwer, sondern Vorsitzender der Leipziger Linkspartei und seit 2004 Mitglied des Sächsischen Landtages, dort u.a. Mitglied im Ausschuß für Wissenschaft und Hochschule, Kultur und Medien. Er studierte an der Karl-Marx-Universität Leipzig, wo er zum Diplomlehrer für Marxismus-Leninismus/Geschichte der Arbeiterbewegung ausgebildet wurde und nach seiner Promotion bis 1992 arbeitete. Daß er Inoffizieller Mitarbeiter der Stasi war, hat er zugegeben. Doch am 13.12.2008 präziserte DIE WELT: „Zugegeben hatte

Külöw zunächst nur seine Agententätigkeit für die Auslandsspionage ab 1988. Hingegen verschwieg er der Öffentlichkeit, also auch seinen Wählern, dass er an der Leipziger Universität [...] kritische Studenten und Professoren verriet.“

Wenn man schon von Bilderstürmerei spricht, trifft dies doch wohl eindeutig auf die 1968er Ereignisse zu. Denn neben dem Verlust der gotischen Hallenkirche konnte nur ein Teil der Kunstwerke gerettet werden, und auch die große Orgel ging verloren. Eine zumindest teilweise Wiedergutmachung stünde der Universität gut zu Gesicht. Die will jedoch den Nachfolge-Bau der Universitätskirche „Paulinum“ nennen. Während Kirchensprenger Paul Fröhlich wieder präsentiert werden wird, vermeidet die Universität jeglichen Hinweis auf den eigentlichen Namensgeber, den Apostel Paulus. Weder will sie den Paulineraltar wiederhaben, noch die Sandsteinplastik des Paulus. Aber gerade Paulus verkörpert den Freiheitsgedanken, der 2000 Jahre später das tragende Fundament für die Leipziger Montagsdemos und die Friedliche Revolution wurde.

An diese wieder gewonnene Freiheit sollte die Universität erinnern und an ihre Jahrhunderte herausragende Rolle in der deutschen Geistesgeschichte anknüpfen. Die Wiedererrichtung der Roßbachfassade als Freiheits- und Einheitsdenkmal wäre ein glaubwürdiger Schritt.



Marx-Relief (Ausschnitt): Je größer der Kopf, desto besser der Inhalt?



Ausschnitt des Gemäldes von W. Tübke. Die Galerie der Täter auf dem Gerüst rechts.

(Dr.rer.nat.habil. Eckhard Koch ist Privatdozent und stellvertretender Vorsitzender des Vereins Pro Universitätskirche.)

Die Darstellung des Unfaßbaren

Zur Kultur der Erinnerungszeichen in Osteuropa

Die Errichtung eines Mahnmals für die Opfer des Kommunismus – zentral gelegen in Berlin und repräsentativ – gehört seit einiger Zeit zu den Grundforderungen der Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft. In einem mehrjährigen Dokumentationsprojekt der Bundesstiftung Aufarbeitung, das der Erfassung und Beschreibung von Erinnerungsorten und –zeichen an die kommunistischen Verbrechen dient, wurden bereits viele Erfahrungen mit unterschiedlichen Formen von Denkmälern nicht nur in Deutschland, sondern auch Osteuropa gesammelt.

Im wiedervereinigten Deutschland bilden sich nach und nach neue Ausdrucksformen der bundesdeutschen Demokratie. Ein Bundeswehrdenkmal wurde eingeweiht, das Denkmal für Freiheit und Einheit ist im Entstehen. Es wäre nur folgerichtig, wenn die Notwendigkeit gesamtgesellschaftlicher Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit ebenfalls in einem angemessenen Erinnerungszeichen Ausdruck fände.

Jedes historische Denkmal genügt mindestens einem der drei Ansprüche „Gedenken, Erinnern, Mahnen“, häufig allen gemeinsam. Der Anspruch ist jedoch unauflöslich mit der Frage nach den Adressaten verbunden. Wer gedenkt? Wer erinnert sich? Wer soll erinnert und gemahnt werden? Die Antworten darauf sind grundlegend für das gesamte Denkmal, für Ort, Inhalt, Formensprache, selbst für Finanzierung und Pflege. In Rußland, auf den großen Erschießungsplätzen der Sowjetunion, über den Massengräbern, sind Gedenkzeichen oft der einzige Anhaltspunkt für die Angehörigen, wo sich ihre verschwundenen und ermordeten Familienmitglieder befinden. Diese Denkmäler kennzeichnen vor allem authentische Orte, die aber oft so abgelegen sind, daß sie für die öffentliche Wahrnehmung kaum Impulse setzen. Anders Gedenktafeln oder –steine an ehemaligen Gefängnissen im Stadtgebiet, wie z.B. vor der Lubjanka, die jeden Passanten erinnern, was dort geschehen ist und wie viele Opfer es gekostet hat. Kennzeichnung des Ortes und Erinnerung an lokale oder regionale Verbrechen, an historische Abschnitte, Ereignisse, Verfolgengruppen oder Einzelpersonen überwiegen sowohl in Osteuropa als auch in Deutschland bei weitem. Selten sind Denkmäler, die übergreifend und repräsentativ an die Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft erinnern. Ausnahmen bilden einige osteuropäische Hauptstädte wie Prag, Budapest, Sofia und Tartu, doch Berlin zählt bisher nicht dazu. Hervorzuheben ist das Prager Beispiel (Abb. 1). Das Denkmal für die Opfer des Kommunismus kommt ohne monumentales Pathos aus. Am Fuß einer Treppe steht der Mensch, der fast unbeschädigt ist. Je höher die Treppe führt, desto beschnittener, verstümmelter, zerlegter wird er. Ganz oben sind nur noch seine Fußabdrücke geblieben. Der zerris-

sene, zersetzte Mensch unter totalitärer Diktatur ist ein universelles Bild, das emotional wirksam wird und zielgenauer als z.B. ein Findling mit letztlich austauschbarer Widmungstafel ist.

Ein Denkmal steht und fällt mit seiner Wahrnehmung, und deshalb spielt die Wahl des Platzes immer eine erhebliche Rolle. Auf dem Weg zum russischen Jekaterinburg führt die Staatsstraße zunächst an einem Denkmal vorbei, das die Kontinente Europa und Asien markiert. Als nächstes begegnet man jenem für die Helden und Gefallenen des Zweiten Weltkrieges. Schließlich erreicht man das nicht nur große, sondern auch gut gepflegte Denkmal für die Opfer des stalinistischen Terrors (Abb. 2). Die Brautpaare der Stadt fahren nach der Trauung zu allen drei Orten und legen dort Blumen nieder. Offenbar wurde hier der strategisch richtige Platz gewählt, um das Denkmal ins öffentliche Bewußtsein zu rücken.

Nicht nur entscheidend, sondern die Wirkung unumkehrbar bestimmend ist die Art der künstlerischen Darstellung. Der Ort kann sich ändern, manche Denkmäler haben halbe Weltreisen hinter sich oder 50 Jahre in einer Scheune überdauert, die Gestaltung aber bleibt. Deshalb wird dieses Thema beim Berliner Mahnmal für die Opfer des Kommunismus sehr wahrscheinlich eine ganze Weile die Gemüter erhitzen. Da stellt sich zum Beispiel die Frage nach dem Abstraktionsgrad. Ein Findling ist abstrakt, ebenso eine Stele, eine Wand, eine Pyramide. Das muß kein Nachteil sein, verlangt dem Betrachter allerdings erst eine rationale „Übersetzung“ ab, um überhaupt emotional wirken zu können. Vielfalt und Möglichkeiten konkreter Darstellung sind unüberschaubar. Gelungene Beispiele sind das o.g. Prager Denkmal, aber auch das Mahnmal für die Opfer der kommunistischen Verbrechen im ukrainischen Lviv/Lemberg (Abb. 3). Außergewöhnlich sind Spannung und Dynamik dieser menschlichen Gestalt, die sich da bis an die Grenze des körperlich Möglichen gegen ein Gitter bäumt. Zwischen diesen beiden Arten der Darstellung liegen viele Mischformen. Besonders deutlich wird das bei der Skulptur Moloch Totalitarismus in Sankt Petersburg (Abb. 4). Der Mensch als konkretes Wesen hängt erschlaft und gebrochen in



Abb. 1: Denkmal der Opfer des Kommunismus in Prag.



Abb. 2: Gedenkstätte für die Opfer der politischen Repression 1930-1950 in Jekaterinburg.

einer unerbittlich anmutenden Struktur, die stilisierte, maschinelle Züge trägt und doch auch an die menschliche Anatomie erinnert.

Ein Sonderfall sind Anlagen mit Namens- tafeln. Meist auf Wänden oder Mauern angebracht, sind sie in ihrer Formensprache hoch abstrakt, gleichzeitig aber durch die Individualisierung der Opfer bedrückend konkret in der Aussage. Eine besonders in Osteuropa sehr verbreitete Darstellung sind religiöse Symbole, vor allem das Kreuz. Während es in Deutschland seit langem eine Bedeutungserweiterung auf Tod und Sterben allgemein erfahren hat, wird es in den östlichen Ländern noch viel unmittelbarer in seinem christlich-religiösen Sinn aufgefaßt. Das hat mehrere Gründe, u.a. die stärkere Verwurzelung im Glauben und den besonders rabiaten Feldzug der kommunistischen Regime gegen die Kirche, der selbst vor der Tötung Tausender Priester nicht halt machte.

Nicht unwichtig für die Gestaltung des Mahnmals wird auch die Entscheidung sein, ob es ein Sockel- oder Bodendenkmal werden soll. Traditionell überwiegen in Deutschland die Sockel. Diese „Erhöhung“ hat zweifellos Vorteile: weithin sichtbar, die besondere Bedeutung „herausgehoben“, symbolische Größe. Aber Höhe bedeutet für den Betrachter immer auch Distanz. Der Blick muß erhoben werden, es ist nicht auf eigenem Niveau. Noch einmal sei das Prager Beispiel als Gegensatz angeführt. Die Treppe liegt an einem Hang, ist begehbar, der Betrachter kann sich zwischen den zerstörten Figuren hindurchbewegen. Er ist auf Augenhöhe mit dem leidenden Menschen. In Breslau erinnert ein Denkmal an das Massaker auf dem Platz des Himmlischen Friedens (die Sensibilität für Freiheitsbewegungen auch außerhalb der eigenen Grenzen ist in Polen sehr ausgeprägt). Mitten in der Stadt ist der Straßenbelag aufgerissen, ein zerquetschtes Fahrrad liegt am Boden, die Abdrücke von Panzerketten daneben. Diese Alltagsnähe wäre in Deutschland allerdings vermutlich schon aus Sicherheits- und Versicherungsgründen völlig ausgeschlossen.

Bei der Frage, auf welche Öffentlichkeit das künftige Mahnmal für die Opfer des Kommunismus treffen wird, ergeben sich neben der Gemeinsamkeit der Überwindung des kommunistischen Systems deutliche Unterschiede zu Osteuropa. In Polen ist eine antikommunistische Haltung

weitgehend Konsens. Auch im Baltikum und in der Ukraine war der Kampf gegen den Kommunismus eng verflochten mit einem nationalen Befreiungskampf. So sind dort viele Nationaldenkmäler nach der Wiedererlangung der Unabhängigkeit in Denkmäler für die Opfer des Kommunismus umgewidmet worden. Daß in Deutschland zur Zeit ein anti-kommunistischer Konsens besteht, muß bezweifelt werden. Die Zahl der DDR-Bürger, die sich still oder weniger still mit dem System arrangiert hatten, war beträchtlich. Und schließlich schien der größere Teil der deutschen Bevölkerung, der westdeutsche, nicht unmittelbar von der Diktatur betroffen und fühlt sich oft bis heute nicht davon berührt. Wird das Mahnmal an einem zentralen Ort in Berlin deshalb allein durch seine Existenz zur Provokation? Wird es Konfrontation verstärken oder Identifikation? Will es eherne Antwort sein oder auch Fragen aufwerfen? – Das umfassende Thema konnte an dieser Stelle nur angerissen werden. Viele Fragen sind noch nicht gestellt, sie werden weitere nach sich ziehen. Der Diskurs sollte bald beginnen.

– lepl –

Auskunft über Erfahrungen mit osteuropäischen Gedenkzeichen im Rahmen des Dokumentationsprojektes gab Dr. Anna Kaminsky, Geschäftsführerin der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.

Literatur

Für 9,95 € Schutzgebühr zu beziehen über die Bundesstiftung Aufarbeitung, Kronenstr. 5, 10117 Berlin:

- Orte des Erinnerns. Gedenkzeichen, Gedenkstätten und Museen zur Diktatur in SBZ und DDR. Hg. Anne Kaminsky, Ch. Links Verlag, Berlin 2007, 560 Seiten
- Erinnerungsorte an den Massenterror 1937/38. Russische Föderation. Hg. Anna Kaminsky, Bundesstiftung Aufarbeitung, Berlin 2007, 293 Seiten
- Erinnerungsorte an den Holodomor 1932/33 in der Ukraine. Hg. Anna Kaminsky, Leipziger Universitätsverlag, Leipzig 2008, 183 Seiten



Abb. 3: Mahnmal für die Opfer kommunistischer Verbrechen in Lviv/Lemberg.



Abb. 4: „Moloch Totalitarismus“ in St. Petersburg.

Dokumentationen auf der Internetseite www.stiftung-aufarbeitung.de zum Herunterladen:

- Gedenkorte zur Erinnerung an die ungarische Revolution 1956 (Budapest)
- Erinnerungsorte Republik Korea (Südkorea)
- Erinnerungsorte an die Niederschlagung des Prager Frühlings 1968

Ein alter Menschheitstraum

Internationale Strafgerichtsbarkeit gestern, heute, morgen –
Von Leipzig über Nürnberg nach Den Haag

Von Peter Wilkitzki

Teil II

Der Internationale Strafgerichtshof (IStGH) hat seinen Sitz in Den Haag. Er setzt sich aus 18 Richtern aus allen Regionen der Welt zusammen, die Gewähr für eine objektive, unparteiliche, politisch nicht beeinflusste Rechtsprechung bieten. Ihre Zuständigkeit ist strikt auf die im Römischen Statut (RS) definierten, am „Nürnberger Katalog“ orientierten (wenn auch mit ihm nicht identischen) schwersten Völkerrechtsverbrechen beschränkt, nämlich Völkermord, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, ferner den Tatbestand der Aggression, der jedoch noch der vollen Einbeziehung durch einen späteren gesonderten Rechtsakt bedarf. Als „court of last resort“ unterliegt das Gericht dem Prinzip der „Komplementarität“, d.h. steht nicht gleich-, sondern nachrangig neben den primär zuständigen nationalen Gerichten und kann nur tätig werden, wenn diese nicht willens oder nicht in der Lage sind, die Beschuldigten selbst abzuurteilen.

Was war die Rolle des nunmehr wieder vereinten Deutschlands in dieser historischen Phase? Als das Ende des Kalten Krieges eine neue Ära des internationalen Strafrechts eingeläutet hatte, schlug auch die politische und akademische Klasse Deutschlands einen dramatisch neuen Kurs ein und setzte sich an die Spitze der Befürworter und Architekten einer internationalen Strafgerichtsbarkeit. Alle drei Staatsgewalten anerkannten nun in ihrer Zusammenarbeit mit den neuen Strafgerichtshöfen de facto die „Nürnberger Prinzipien“. Ich erwähne nur beispielhaft die weltweit erste Überstellung eines Beschuldigten an das Jugoslawien-Tribunal durch Deutschland, gefolgt von der Übernahme der Vollstreckung der gegen ihn vom Gerichtshof verhängten Freiheitsstrafe (1995/2000). Auf gesetzgeberischem Gebiet ist die vorbildliche Umsetzung des RS in Deutschland in Form von nicht weniger als sechs sorgfältig ausgearbeiteten Gesetzen (einschließlich einer für die Wahrung der Komplementarität essentiell wichtigen umfassenden nationalen Kodifizierung des Völkerstrafrechts) hervorzuheben – sie alle, was keine Selbstverständlichkeit ist, im Konsens

der Parteien vorbereitet und vom Parlament fast einstimmig verabschiedet. So demonstrierte Deutschland eindrucksvoll, daß es seine Lektionen gelernt und das Vermächtnis von Leipzig und Nürnberg erfüllt hatte.



Das Emblem des Internationalen Strafgerichtshofes.

Zu seinem Inkrafttreten benötigte das RS die anspruchsvolle Zahl von 60 Ratifikationen. Sie war, entgegen der Prognose der Experten [...], bereits weniger als vier Jahre später, im April 2002, erreicht. Und dies, obwohl sich mittlerweile neue schwere Probleme türmten, insbesondere auf Grund der Haltung der neuen US-Regierung, die nicht nur die Zeichnung des Statuts widerrief, sondern sogar erheblichen politischen und wirtschaftlichen Druck auf andere Mitglieds- und Unterzeichnerstaaten ausübte, das RS nicht zu ratifizieren oder nicht anzuwenden. Am 1. Juli 2002 trat das Statut in Kraft; im März 2003 waren die ersten 18 Richter im Amt; im April 2003 wurde der Chefankläger des Gerichts bestimmt.

Wo stehen wir heute? Ich zitiere wörtlich aus der Bilanz, die der Präsident des IStGH, Kirsch, am 14. November 2008 vor der Versammlung der Vertragsstaaten gezogen hat: „Seit 2003 hat der Gerichtshof einen langen Weg zurückgelegt. Eine komplette administrative Infrastruktur für die Spruchkörper, das Amt des Anklägers und das Amt des Kanzlers mußte aus dem Stand entwickelt werden. Fünf ‚Field Offices‘ und ein Verbindungsbüro zu den VN [Vereinten Nationen] New York wurden eröffnet. Der Ankläger, die Vorverfahrens-, Verfahrens- und Berufungs-Kammern des Gerichts haben ihre vollen Aktivitäten aufgenommen und bewältigen eine schwere Arbeitslast. Dem Ankläger wurden drei ‚Situa-

tionen“ von Vertragsstaaten (Uganda, DRC, Zentralafrikanische Republik) und eine weitere (Darfur/Sudan) vom VN-SR [Sicherheitsrat der Vereinten Nationen] überwiesen (weitere Situationen, auch außerhalb Afrikas, werden derzeit vom Ankläger geprüft; d. Verf.). Sieben Fälle sind vor dem Gerichtshof anhängig. Die Richter erließen zwölf Haftbefehle. Die Vorverfahrenskammern haben Anklagen bestätigt, die Verfahrenskammern haben in zwei Fällen die Vorbereitung der Hauptverhandlung in Angriff genommen. Die Berufungskammer erließ abschließende Entscheidungen zu grundsätzlichen Fragen des Statuts. Das System des Statuts ist in Bewegung. Der Ankläger erfüllt seinen Auftrag. Opfer nehmen am Verfahren teil. Der ‚Trust Fund‘ verwendet seine Mittel zur Entschädigung von Opfern nach Zustimmung der zuständigen Kammern. Die Richter gewährleisten die Rechte der Beschuldigten und führen die Verfahren in voller Übereinstimmung mit dem Statut.“

Eine beeindruckende Bestandsaufnahme. Aber: Die vielfältigen Herausforderungen und Probleme, die sich in der täglichen Arbeit des IStGH ergeben haben und zu denen seine Kammern mittlerweile eine umfängliche Rechtsprechung entwickelt haben, dürfen nicht unerwähnt bleiben. Lassen Sie mich beispielhaft nur die folgenden nennen:

- die Übersetzungsproblematik, die in einem Weltgerichtshof eine wesentlich brisantere Rolle spielt als im nationalen oder regionalen Bereich (das RS fordert, akzentuierter als andere Menschenrechtsinstrumente, die Übersetzung in eine Sprache, welche der/die Angeklagte „vollständig versteht“, was vor allem dann schwer lösbare Probleme bereitet, wenn es um Regionen geht, in denen eine unübersehbare Vielzahl von Sprachen und Dialekten gesprochen wird);
- den Konflikt zwischen „disclosure“ und „fair trial“, der beinahe den für den Start des Gerichts so bedeutsamen Pilotfall Lubanga zum Scheitern ge-

bracht hätte, bevor noch die Hauptverhandlung beginnen konnte: Das RS erlaubt ausdrücklich die Möglichkeit des Abschlusses von Abkommen zwischen Gericht und „Quellen“ (Zeugen, Organisationen), wonach Beweismittel von der Offenlegung im Verfahren ausgeschlossen werden können, gibt aber andererseits der Verteidigung im Interesse der Gewährleistung eines fairen Verfahrens einen grundsätzlichen Anspruch auf Offenlegung; Kollisionen zwischen diesen gegensätzlichen Prinzipien sind nicht zu vermeiden;

- die noch nicht abschließend geklärte Rolle der Vorverfahrenskammern zwischen einer (zeitraubenden und damit für den in Untersuchungshaft befindlichen Beschuldigten problematischen) vorgelagerten Sachinstanz und einer (dann eher symbolischen) kursorischen Vorprüfungsinstanz mit niedrigeren verfahrensrechtlichen Standards;

- die ebenfalls zwischen den Kammern des Gerichts noch umstrittene Rolle, welche die Opfer der Verbrechen (und ihre Organisationen) in den verschiedenen Stadien des Verfahrens spielen können: Einerseits soll sie dem hohen Anspruch des Statuts genügen, dem Opfer eine aktive Mitwirkung am Verfahren zu ermöglichen, andererseits würde eine zu weitgehende Auslegung dieser Rechte nicht nur den Erfolg der Mitwirkung gefährden, sondern auch Gefahr laufen, die Verfahren zu lähmen;

- das Verhältnis zwischen Recht und Frieden, die Gretchenfrage eines an der Schnittstelle zwischen Recht und Politik arbeitenden Weltgerichts: Darf, ja muß der IstGH eine ihm überwiesene „Situation“ auch dann (weiter) aburteilen, wenn die Gefahr besteht, daß dadurch Ansätze einer politischen Befriedung verschüttet werden, etwa wenn der Staat, der die Situation vor das Gericht gebracht hat, diese Entscheidung rückgängig machen will (Beispiel Uganda) oder wenn der vom Ankläger beantragte Erlaß eines Haftbefehls gegen einen Staatschef das Risiko in sich birgt, die Konflikte im Lande weiter zu verschärfen (Beispiel Sudan)? Muß im Zweifel das Recht dem Frieden weichen, oder gilt uneingeschränkt der Grundsatz, daß es ohne Recht keinen Frieden geben kann?

Neben solchen Problemen sieht sich der IstGH heute mehr denn je mit der zentralen Sinnfrage konfrontiert, wie er Doppelmoral vermeiden und dem hehren Prinzip zum Durchbruch verhelfen kann, unter dem er angetreten ist: „Gleichheit vor dem Gesetz, gleiches Recht für alle“. Zwar gehören heute bereits 108 Staaten, also mehr als die Hälfte der Staaten der Welt, dem Statut an, aber darunter befinden sich eben nicht die bevölkerungsreichen Atommächte Indien und Pakistan, nicht die Mehrzahl der arabischen Staaten und Israel, und vor allem nicht die Supermächte USA, Rußland und China.

Hier spielt der von mir bereits angesprochene Kompromiß eine unheilvolle Rolle, der in Rom zu den „trigger mechanisms“ geschlossen wurde: Das RS eröffnet in seinen Artikeln 12 ff., insbesondere Art. 13 lit. a-c, drei Möglichkeiten der Überweisung einer Situation an den IstGH: durch einen Vertragsstaat („state referral“), durch den VN-SR oder auf eigene Initiative des Anklägers („proprio motu“). Angewandt auf Völkerrechtsverbrechen, die in einem hypothetischen Fall einer der genannten Supermächte zur Last liegen, bedeutet dies: Die drei mächtigsten Nicht-Mitgliedstaaten können weder durch den Ankläger noch durch „state referral“ vor den IstGH gebracht werden (es sei denn, die betreffenden Akte wurden auf dem Territorium eines Mitgliedstaates begangen), aber de facto eben auch nicht (wie im Fall des Nicht-Mitgliedstaates Sudan) durch den VN-SR, in dem die Supermächte ein Vetorecht besitzen. Dieser Mangel bedarf im Interesse der Gleichheit und Gerechtigkeit dringend der Behebung, aber, um es deutlich zu sagen, er betrifft in keiner Weise das Verfahren vor dem Gericht und die Legitimation und Reputation des Gerichts, sondern einzig und allein die Frage, ob und wie eine „Situation“ zu ihm gelangt. [...]

Für den Menschenrechtsschutz im Allgemeinen hat der renommierte Völkerrechtler und IGH-Richter Bürgenthal das folgende schöne Bild gefunden: „Auch heute noch sind viele Teile der Welt von den Segnungen des internationalen Menschenrechtsschutzes ausgeschlossen. Ich vergleiche diese Situation mit mittelalterlichen Weltkarten, die viele leere, meist weiße Flächen von ‚terra incognita‘ aufwiesen. Auf der Landkarte des internationalen Rechts gibt es heute noch zu viele terrae incognitae, aber: die weißen Flächen werden langsam kleiner.“



Gebäude des Internationalen Strafgerichtshofes in Den Haag.

Und zur Lage des IstGH im besonderen hat [...] der deutsche Richter beim IstGH, Hans-Peter Kaul, Zwischenbilanz gezogen: „Im sechsten Jahr meiner Arbeit in Den Haag weiß ich, dass es weiterhin ungeheuer schwierig ist, diese zerbrechliche Einrichtung, die zu 100 Prozent von der Unterstützung der MS [Mitgliedsstaaten] abhängt, in einen wahrhaft wirkungsvollen, umfassend anerkannten Weltgerichtshof zu verwandeln. Es wird weiterer unermüdlicher schwerer Arbeit vieler Menschen bedürfen, bevor wir unser Ziel erreichen.“ So skeptisch dies klingen mag, es muß im Gesamtzusammenhang der Rede verstanden werden, die unter dem ermutigenden Motto stand: „Über Hoffnung und Gerechtigkeit“.

In diesem Sinne plädiere auch ich für vorsichtigen Optimismus. Globale Gerechtigkeit, Schutz der Menschenrechte und internationale Strafgerichtsbarkeit haben heute eine erheblich höhere Chance der Verwirklichung als noch vor zwei Jahrzehnten – lassen Sie uns alle, soweit es in unseren Kräften steht (und es steht mehr in unseren Kräften, als mancher glauben mag), dazu beitragen, diese Chance zu wahren und umzusetzen!

(Der Text basiert auf einem Vortrag, den der Autor am 10.12.2008 auf einer Veranstaltung des Forums zur Aufklärung und Erneuerung e.V. gehalten hat. - Der Autor ist Jurist, war als Richter und Staatsanwalt tätig, arbeitete dann beim Bundesministerium der Justiz im Bereich internationales Strafrecht. Seit 2006 ist er Lehrbeauftragter für internationales Strafrecht an der Universität Köln.)

Ausgesiedelt - lebenslänglich

Völlig unzureichende Wiedergutmachung für Zwangsausgesiedelte

Von Inge Bennewitz

Teil I - Staatlich organisierte Gewaltkriminalität

Stephan Hilsberg (SPD), der sich stets für die Opfer der SED-Diktatur eingesetzt und nun sein Bundestagsmandat verloren hat, beklagte noch im Mai in einer Presseerklärung die völlig unzureichenden Entschädigungs- und Ausgleichsleistungen für Zwangsausgesiedelte: diese stünden in keinem Verhältnis zu den erlittenen Verlusten und Demütigungen. Zwangs-

der Bewohner betroffen waren. Opfer politischer Strafjustiz können seit 1992 für den erlittenen seelischen Schaden eine Kapitalentschädigung und seit 2007 bei mehr als sechs Haftmonaten eine Opferrente beantragen. Psychische Schäden von Gewalt- und Haftopfern sind seit langem wissenschaftlich untersucht. Seit zwei Jahren gibt es endlich auch Untersuchungen zu Gesundheitsschäden von Opfern nicht strafrechtlicher Unterdrückung, in die Zwangsausgesiedelte und Zersetzungsoffer einbezogen wurden (s. Teil II in der nächsten Ausgabe).

Beide Aktionen waren mit bedeutenden historischen Ereignissen verbunden.

1952: Als direkte Reaktion auf die beginnende Westbindung der Bundesrepublik durch die Unterzeichnung von General- (später Deutschland-) und EVG-Vertrag erließ der DDR-Ministerrat auf sowjetische Weisung demonstrativ am 26. Mai die „Verordnung über Maßnahmen an der Demarkationslinie zwischen der DDR und den westlichen Besatzungszonen“. In der weitschweifigen Präambel wird deutlich Bezug genommen auf die Verträge. Paragraph 1 beauftragt das MfS, mit strengen Maßnahmen zu verhindern, daß „Diversanten, ... und Schädlinge“ in die DDR eindringen. Paragraph 2 verlangt, die Maßnahmen so zu gestalten, daß sie bei einer Verständigung über die Durchführung gesamtdeutscher freier Wahlen zur Herbeiführung der Einheit sofort aufgehoben werden können. In der Folge wurde die bis dahin nur durch Schilder gekennzeichnete Demarkationslinie mit Stacheldraht abgeriegelt und auf DDR-Seite ein dreifach gestaffeltes, zum Teil strenges Regime mit 10-m-Kontrollstreifen, 500-m-Schutzstreifen und 5-km-Sperrzone errichtet. Das bedeutete tiefe Einschnitte in das Leben beiderseits der Grenze.

Die Sowjets hatten außerdem angewiesen, aus dem 500-m-Gebiet u.a. „unzuverlässige“ Personen auszuweisen, aber keine Alteingesessenen.

Am 27. Mai begann die Aussiedlungsaktion unter dem Namen „Ungeziefer“. Daß

die damaligen Landesfürsten so auch ihre betroffenen Untertanen bezeichneten, belegt eine handschriftliche Notiz des Thüringer Innenministers Willy Gebhardt. Der Aktion zugrunde lag ein Geheimbefehl(38/52), der sowohl diskriminierende Kategorien enthielt - „Wegen Diebstahl, Raub, Mord... vorbestrafte Personen ...“ - als auch politische - „Personen, die eine Gefährdung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung darstellen“. Sie erstreckte sich über einen Zeitraum vom 27. Mai bis 12. Juni und verlief ziemlich chaotisch. Am 17. Juni stritt die ostdeutsche Nachrichtenagentur ADN in scharfer Form ab, daß die Absicht bestünde, Aussiedlungen vorzunehmen.

1961: Kurz nach dem Bau der Berliner Mauer begannen unter dem Decknamen „Festigung“ (jeder Bezirk hatte seinen eigenen Namen, Erfurt z.B. „Kornblume“) generalstabsmäßige Vorbereitungen für eine zweite Aktion, die am 3.10.1961 gestartet wurde (am 30. August war nur in den vier nördlichsten Grenzkreisen eine Probeaktion durchgeführt worden) – mit einem analogen Befehl: einerseits „... arbeitsscheue und asoziale Elemente, HwG-Personen usw“ [HwG: Häufig wechselnder Geschlechtsverkehr] und andererseits „ehemalige Angehörige der SS, unverbesserliche Nazis, Personen, die durch ihre reaktionäre Einstellung den Aufbau des Sozialismus hindern ...“. Wie bereits 1952 wurden auch Ausländer und Staatenlose ausgesiedelt. Beide Aktionen wurden mit Waffenandrohung durchgesetzt, und die Opfer landeten oft in unvorstellbar elenden Quartieren. „Festigung“ wurde von ADN in der Presse als „Wohnungswechsel“ hingestellt und dadurch, wie schon „Ungeziefer“, im Hinterland gar nicht wahrgenommen. Auf einigen regionalen Zeitungsseiten von Grenzkreisen wurden die Betroffenen am 5.10.1961 als Asoziale und Kriminelle gebrandmarkt, „oft mit den Gesetzen in Konflikt gekommen... Fast alle Personen hatten bei ihren Nachbarn und in der Bevölkerung kein Ansehen. Die Bevölkerung hatte sich schon vorher von solchen Personen distanziert; sie wollten mit ihnen nichts mehr zu tun haben.“ Westdeutsche Medien haben über beide Aktionen



Foto: privat

Die sieben Kinder der Familie Ebel, die 1952 zwangsausgesiedelt wurde.

ausgesiedelte haben seit 1997 lediglich Anspruch auf eine Rehabilitierungsurkunde. Zwar können betroffene Enteignete seit 1994 Grund und Boden zurück- oder eine Entschädigung bekommen, aber diese Möglichkeit haben auch andere, die nicht politisch verfolgt worden sind, und zwar seit 1990. Mangel an politischem Willen oder an Sachkenntnis? Scheinbar beides. Erst 2003 hat das Sozialministerium in Thüringen eine Broschüre über Zwangsausiedlungen herausgegeben, in der völlig irreführend behauptet wird, dabei habe es sich „um die Entvölkerung der Gebiete entlang der innerdeutschen Grenze“ gehandelt. Doch das Wort „Zwangsausiedlung“ wurde spätestens 1994 durch das 2. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz (UnBerG) zu einem festen Begriff und steht für politisch motivierte Zwangsausiedlung aus dem 1952 errichteten Sperrgebiet und zwangsweise Ansiedlung im Hinterland der DDR. Beides erfolgte überwiegend in zwei großen Aktionen, von denen „nur“ 3,3 Prozent

Gedenken und Erinnern – unverzichtbar für die Demokratie

XIX. Mahn- und Gedenktreffen der Initiativgruppe Lager Mühlberg e.V. in Zusammenarbeit mit der Stadt Bad Liebenwerda in Mühlberg/Elbe und Neuburxdorf am 4. und 5. September 2009

Wieder war das große Zelt in der Nähe des Lagergeländes bei Neuburxdorf bis auf den letzten Platz gefüllt, als am Sonnabend, dem 5. September, um 10.30 Uhr der ökumenische Gottesdienst begann. Trotz des unerfreulichen Wetters und

sie nach dem Willen der damals Verantwortlichen bleiben sollen – aber im vergangenen Jahr bekamen sie ihre Namen zurück.

Die Predigt hielt Superintendent Karl-Heinz Nickschick aus Bad Liebenwerda. Als er von dem Manne sprach, der als der „barmherzige Samariter“ ins Bewußtsein von Christen und wahrscheinlich auch Nicht-Christen eingegangen ist, fielen mir Textstellen aus den Berichten ehemals im NKWD-Lager Inhaftierter ein, z.B. von Rudolf Herre, der beschreibt, wie ihm Hilfe zuteil wurde dadurch, daß sein Pritschennachbar ihm die Hälfte seiner Wolldecke (damals ein rarer und um so kostbarer Besitz) überließ und ihn dadurch vor der ärgsten Kälte schützte (Reite Schritt, Schnitter Tod! Kassel 2007, S. 116). Sicher gab es damals viele solcher kleinen, aber doch so großen Gesten der Kameradschaft, die meisten blieben jedoch im Verborgenen. Die Musikstücke zwischen den gesprochenen Abschnitten des Gottesdienstes und während der Gedenkfeiern interpretierte einfühlsam der Posaunenchor der evangelischen Kirchengemeinde Mühlberg, dem unser herzlicher Dank gilt.

Die feierliche Gedenkstunde auf dem Friedhof Neuburxdorf bildete wie immer den Anfang der gesamten Veranstaltung am Sonnabend. Kränze wurden niedergelegt am Denkmal für die Verstorbenen des Kriegsgefangenenlagers (1939-1945), das von den französischen Kriegsgefangenen bereits während ihrer Gefangenschaft errichtet, am 5.11.1944 geweiht, nach Kriegsende renoviert und in jüngster Zeit durch weitere Gedenk- und Namenstafeln ergänzt wurde. Hannelore Brendel, Bürgermeisterin von Mühlberg, hielt hier die Ansprache, und sie betonte, wie wichtig nicht nur das Erinnern an die Geschehnisse damals, sondern auch das Bestreben sei, den nachfolgenden Generationen das notwendige Wissen zu vermitteln, was in diesem Falle - Geschichte der beiden Lager – durch zahlreiche Projekte mit Schülern und anderen Gruppen laufend geschieht.

Die Gedenkstunde für die Toten des NKWD-Speziallagers, nach dem Gottesdienst am Hochkreuz des Gräberfeldes, erhielt dieses Mal ihre besondere Note dadurch,

daß Prof. Dr. Johanna Wanka, Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg, zu uns gekommen war, wofür wir ihr unseren herzlichen Dank aussprechen. Ihr Besuch bei uns war ein besonders wichtiges Ereignis in der Reihe von Gesprächen, die verschiedene Vorstandsmitglieder der Initiativgruppe im Laufe der letzten Jahre mit der Ministerin geführt hatten. In der Elbe-Elster-Rundschau vom 7.9.2009 schrieb Karsten Bär: „Die Ministerin sagte, sie bewundere die Menschen, die die Kraft hätten, an solche Orte zurückzukehren, an denen sie unter unvorstellbaren Bedingungen inhaftiert waren. Sie sei froh, daß es im vergangenen Jahr möglich wurde, die Namen der Todesopfer des von 1945 bis 1948 bestehenden Speziallagers Mühlberg in angemessener Weise öffentlich zu machen. Es sei eine Stätte entstanden, an der man der Opfer in würdiger Weise gedenken könne. Das Gedenken und die Erinnerung wachzuhalten sei unverzichtbar für einen demokratischen Staat, denn es gelte zu verhindern, daß noch einmal Menschen auf diese Art und Weise umkommen. Johanna Wanka verwies darauf, daß sich die Regierungskoalition in Potsdam auf Wunsch ihrer Fraktion darauf verständigen konnte, aus dem ehemaligen Vermögen der SED und ihrer Massenorganisationen zehn Millionen Euro für ‚Erinnerungskultur‘ und insbesondere die Zeit nach 1945 zur Verfügung zu stellen.“ Möge der Besuch von Prof. Dr. Wanka nicht der letzte gewesen sein! – Schließlich gilt unser herzlicher Dank auch Dr. Anna Kaminsky, Geschäftsführerin der Bundesstiftung Aufarbeitung in Berlin, die ebenfalls zu den Gästen des Treffens zählte, die uns seit vielen Jahren wohlwollend und unsere Arbeit fördernd begleitet.

Bei jedem Treffen bisher engagierten sich junge Menschen mit der Rezitation von Gedichten, die ja im Lager in großer Zahl entstanden, zum Teil nur mündlich weitergegeben, zum Teil aber auch nach der Lagerzeit publiziert. Sabine Zunkunft, eine junge Neuburxdorferin, hatte dieses Mal die Aufgabe übernommen (eines der beiden Gedichte s. Kasten). Nach der Mitgliederversammlung der Initiativgruppe Lager Mühlberg e.V. am Freitag, dem 4. September, nachmittags im Rathaussaal Mühlberg waren in einer

Vergeßt uns nicht!

*Vergeßt uns nicht –
wenn wir auch nimmer wieder-
kehren,
wenn, wo wir starben, einst kein
Holzkreuz steht,
und wenn von all dem Leid, das
wir getragen,
kein Laut noch und kein Stöhnen
aus den Gruben weht.*

*Vergeßt uns nicht –
wenn auch die Tage wandern
und die Jahre,*

*wenn Blumen blühen, wo der
Tod gesät, und wenn dereinst
auf unserm Feld der Tränen
der Schnitter dankbar wieder rei-
fe Halme mäht.*

*Auch dann:
Vergeßt uns nicht!*

Siegfried Ihle, Torgau 1958

obwohl es dieses Mal keine ähnlich bedeutende Aktion gab wie im letzten Jahr, als die Namensträger feierlich eingeweiht wurden, hatten sich ebenso viele oder gar noch mehr Teilnehmer eingefunden. Sie waren wieder gekommen, um gemeinsam der 6766 Toten zu gedenken, ihrer Angehörigen zumeist, die in den Massengräbern neben dem ehemaligen Lager verscharrt worden waren. Rechtlos waren sie gewesen, und namenlos hatten

Veranstaltung persönliche Erfahrungen und Berichte zum Thema „Die friedliche Revolution – Auswirkungen auf das Ende des Schweigens über die sowjetischen Speziallager“ zu hören. Michael Beileits, Sächsischer Landesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen, und Stephan Hilsberg MdB aus Berlin waren der Einladung der Initiativgruppe gefolgt und berichteten gemeinsam mit Matthias Taatz, dem Vorstandsvorsitzenden der Initiativgruppe, angeregt durch die Moderation von Karl-Heinz Pawlytta aus Friedrichsdorf/Taunus. Deutlich wurde in diesen Berichten z.B., daß manche Menschen in der SBZ/

DDR – und zwar nicht nur die Angehörigen der Verschleppten – etwas ahnten oder wußten über die Lager, daß sie aber darüber schwiegen und auf Fragen, wenn überhaupt, nur verschwommene Antworten gaben, geben konnten, geben durften. Und nach dem Ende des Schweigens? Auch heute noch, das wurde vor allem aus der Zuhörerschaft artikuliert, gibt es viele Vorbehalte in Ost und West, Klartext zu reden und das geschehene neue Unrecht eindeutig zu benennen, vor allem die Tatsache, daß die Speziallager-Häftlinge völlig rechtlos waren, zum großen Teil weder überprüft noch verur-

teilt wurden und daß die Urteile, wenn denn solche gefällt wurden, keineswegs rechtsstaatlichen Kriterien entsprachen.

Der Freitagabend im Rathaussaal von Mühlberg und der Sonnabend Mittag mit der abschließenden „Stunde der Begegnung“ im Zelt nahe dem Lagergelände gehörten zu den ganz privaten Gesprächen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer – ein wichtiger Bestandteil des XIX. Mahn- und Gedenktreffens, der auch in Zukunft gepflegt und gefördert werden sollte.

Elisabeth Schuster

Ständiges Klima der Angst

Ausstellungen zum 70. Jahrestag des Hitler-Stalin-Paktes

Seit Ende Oktober können in der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen zwei neue Ausstellungen besichtigt werden, die an den Abschluß des Hitler-Stalin-Paktes im August 1939 und dessen Folgen für Mittel- und Osteuropa erinnern.

Die erste Ausstellung mit dem Titel „Chronik der Gewalt: Litauen 1939-1941“ vermittelt anhand von persönlichen Schicksalen die wichtigsten Eckdaten aus dieser Zeit. Nur wenige Wochen nach der Unterzeichnung des Deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes wurde Litauen gezwungen, einen Vertrag über die „gegenseitige Unterstützung“ mit der Sowjetunion zu unterschreiben. Die kleine Republik mußte damit den Einmarsch von Truppen der Roten Armee akzeptieren, welche die Rolle eines trojanischen Pferdes spielen sollten. Am 14. Juli 1940 erging aus Moskau ein Ultimatum an die litauische Regierung, eine dem Kreml genehme Regierung zu bilden sowie weitere sowjetische Truppen im Land zu dulden. Infolge des massiven Drucks floh der damalige litauische Staatspräsident nach Deutschland. Dies gab den Sowjets wiederum einen Vorwand, direkt in die innenpolitischen Belange des Staates einzugreifen. Kurz darauf wurde auf diese Weise der Beitritt Litauens in die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken erzwungen. Damit verfügten die Moskauer Machthaber endgültig über alle Mittel, sämtliche Bereiche des öffentlichen Lebens nach ihren eigenen Vorstellungen neu zu ordnen und dem Land ein kommunistisches Regime aufzuzwingen. Das Volk lebte von nun an in einem ständigen Klima der Angst. Diese Zeit war freilich nur der Auftakt

einer riesigen Gewaltspirale: Nach der deutschen Besetzung des Landes führten die sowjetischen Sieger direkt nach der vermeintlichen „Befreiung“ zahlreiche Massendeportationen durch. Zwischen 1940 und 1958 wurde rund ein Drittel der litauischen Gesamtbevölkerung unmittelbar Opfer des Terrors. Die meisten Betroffenen gehörten zur ehemaligen Bildungsschicht.

In der Präsentation „Der baltische Weg“ steht dagegen der 50. Jahrestag des Paktes im Mittelpunkt. Am 23. August 1989 bildeten rund eine Million Menschen aus den damaligen drei baltischen Sowjetrepubliken für 15 Minuten auf einer Länge von ca. 600 Kilometern eine Kette, um auf diese Weise die Situation in ihrer Heimat zu verdeutlichen und für ein Ende der sowjetischen Fremdherrschaft zu demonstrieren. In den westlichen Staaten fielen die damaligen Reaktionen auf diese Aktion eher verhalten aus. Viele Politiker fürchteten, daß das Streben nach staatlicher Eigenständigkeit die Reformen unter dem damaligen sowjetischen Michail Gorbatschow gefährden könnten. Oft glaubten sie zudem der Kremlpropaganda, welche die Massendemonstration und ebenso die folgenden Unabhängigkeitserklärungen als Zeichen einer gefährlichen „nationalistischen Hysterie“ wertete und sie als solche auch auf dem internationalen Parkett zu brandmarken versuchte.

Am Eröffnungstag wurde ergänzend zu den Ausstellungen in Hohenschönhausen der Film „The Soviet Story“ des lettischen Regisseurs Edvins Snore gezeigt. In „The

Soviet Story“ werden nicht nur zentrale Verbrechen der Diktatur thematisiert, sondern auch die kommunistische Ideologie als solche einer kritischen Analyse unterzogen. Der Film zeigt, daß eine weit engere Verwandtschaft zwischen der kommunistischen und der nationalsozialistischen Ideologie besteht, als dies in vielen westlichen Staaten bis heute anerkannt wird. So waren Hitler die Dimensionen der Verbrechen des Sowjetregimes vertraut, die massenhafte Ausrottung von Systemfeinden orientierte sich stark am sowjetischen Vorbild. Wichtig sind dem Filmemacher Snore jedoch nicht nur Verweise auf das historische Geschehen. Mit „The Soviet Story“ möchte er ebenso deutlich auf das geringe Fingerspitzengefühl des Westens im Umgang mit den Repräsentanten der ehemaligen Sowjetunion, die direkte Verantwortung für die kommunistische Diktatur trugen, aufmerksam machen. Während einerseits im Westen die Verbrechen des Nationalsozialismus klar und eindeutig verurteilt würden, bezeichnete man andererseits ehemalige Zuträger des Sowjetregimes wie Wladimir Putin heute als „Freunde“ und dekorierte sie mit Orden, etwa der frühere deutsche Bundeskanzler Gerhard Schröder, doch auch Angela Merkel. Erneut würden damit die Interessen von Minderheiten staatspolitischen Machtinteressen untergeordnet. Ebenso kritisiert Snore, daß in westlichen Ländern der Handel mit kommunistischen Symbolen problemlos möglich ist, während im Umgang mit nationalsozialistischen Relikten weit strengere Regeln gelten.

Ekkehard Schultz

Bis zum 15. 01. 2010 in der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, Genslerstr. 66, 13055 Berlin, tägl. 9-18 Uhr; vom 24. bis 26.12. sowie am 31.12. und 1.1.2010 Gedenkstätte geschlossen

Eigenes Gedenken begründet

(GTst)Am 15. November, dem Volkstrauertag, trafen sich in diesem Jahr Vertreter der Opferverbände zu einer Gedenkfeier auf dem Friedhof Gärtnerstraße in Berlin-Hohenschönhausen. Dort liegen 259 namenlose Tote. Es sind Häftlinge des Speziallagers Nr. 3 in Hohenschönhausen, die Gesamtzahl der dort ums Leben gekommenen wird auf 3000 bis 3500 geschätzt.

Die Veranstaltung fand in diesem Jahr erstmalig statt, und den Grund dafür nannte ihr Initiator, Günter F. Toepfer, ehemaliges Mitglied des Berliner Abge-

ordnetenhauses, der selbst politisch inhaftiert war, in seiner Ansprache: „Wir begründen heute ein eigenes Gedenken, weil es uns unerträglich ist, mit Leuten, die den Tätern näher als den Opfern sind, an den Gräbern unserer Kameraden zu stehen. Diese Leute sollten vor Scham rot werden, sie sind es aus anderen Gründen bereits.“ – Damit bezog er sich auf die jährliche Gedenkstunde von Bezirksamt und Bezirksverordnetenversammlung des Bezirks Lichtenberg. Dort bildet die Linkspartei die Mehrheit und stellt auch die Bürgermeisterin, Christina Emmrich, die

regelmäßig auf der Feier eine Rede hält. Toepfer betonte, daß dieses Gedenken allen Opfern der sowjetischen Speziallager gelte und eine Tradition etablieren solle. Künftig werde jedes Jahr zum Volkstrauertag am selben Ort, um 11 Uhr, von Verbänden und Angehörigen der Opfer gedacht. Anschließend sprachen die beiden Mitglieder des UOKG-Vorstandes Lothar Scholz, für die Wokutaner, und Richard Buchner, für die Leistikowstraße, sowie Viktoria Heydecke von der Arbeitsgemeinschaft Sachsenhausen. Es wurde ein gemeinsamer Kranz niedergelegt, Pfarrer Albrecht Hoffmann sprach christliche Gedenkworte, und den musikalischen Rahmen gestaltete der Trompeter Robert Grothe. ■

Die Täter beim Namen nennen

UOKG-Verbandstreffen am 28. / 29. November 2009 in Berlin

(st)Mit Blick auf die anstehenden Vorstandswahlen der UOKG zog Bundesvorsitzender Rainer Wagner in seinem Bericht diesmal eine Bilanz der letzten zweieinhalb Jahre. Der Dachverband habe sich seither wesentlich konsolidiert, nicht zuletzt sei dies in seiner Außenwirkung spürbar. Zunehmend würde er von den Medien wahrgenommen, und auch die jährlichen Kongresse stießen auf große Resonanz. Das habe sich besonders bei der Veranstaltung im Oktober 2009 zu haft- und verfolgungsbedingten Gesundheitsschäden gezeigt. Nicht gelungen sei

es jedoch, den wachsenden politischen Einfluß der Linkspartei einzudämmen. Eine Antwort der Verfolgtenverbände auf diese Entwicklung seien allerdings Aktionen wie zum Beispiel die Demonstration am 9. November in Potsdam. Die neue Regierungskoalition müsse jetzt intensiv an Forderungen der ehemaligen politisch Verfolgten erinnert werden, u.a. die gesetzliche Festschreibung einer Entschädigung – nicht wie bisher einer Linderung – haft- und verfolgungsbedingter Gesundheitsschäden, die Aufnahme nicht berücksichtigter Opfergruppen in den Kreis der Anspruchsberechtigten und die Errichtung eines Mahnmals zum Gedenken an die Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft.

Einem kurzen Vortrag Manfred Graf von Schwerins über die Struktur seiner Aktionsgemeinschaft Recht und Eigentum, deren Übernahme zahlreicher Forderungen der Opferverbände und die Entwicklung von einer „ideologischen zu einer mafiotischen Herrschaft der Nomenklatur-Kader in ländlichen Gebieten“ folgte das Referat Prof. Dr. Johannes Weberlings zur Tendenz unbestrittener Täter, gerichtlich das Verbot der Nennung ihres Namens durchzusetzen. Der Leiter der Arbeitsgruppe „Aufarbeitung und Recht“ im Schwerpunkt Medienrecht der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt/Oder beschrieb die aktuelle Rechtsprechung der verschiedenen Instanzen. Landgerichte ignorierten dabei vielfach die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts

aus dem Jahr 2000, daß es für die Aufarbeitung und historische Aufklärung der Mechanismen eines Systems notwendig sei, die Namen der Täter zu nennen. Die Arbeitsgruppe an der Viadrina stelle vor allem zitierfähiges Material für Juristen zur Verfügung und habe ein Netzwerk aufgebaut, das mehrere Musterprozesse führe (Johannes Weberling, Hg.: Verantwortung beim Namen nennen – Täter haben ein Gesicht. Nomos Verlag, Baden-Baden 2009). Für den Arbeitsauschuß des Arbeitskreises Mahnmal gab Ekkehard Schultz einen Tätigkeitsbericht, in dem er ein Grundlagenpapier vorstellte, Antragstellungen und Informationsstrategien erläuterte.

Die Verbandsvertreter nahmen neu die Fördergemeinschaft Recht&Eigentum auf und verabschiedeten drei Resolutionen: Forderung nach Rücktritt der Brandenburger Regierung im Hinblick auf die Stasi-Belastungen der Vertreter der Linkspartei; Unterstützung des Bundes der Vertriebenen bei der Besetzung eines Sitzes im Stiftungsrat der Stiftung „Flucht, Vertreibung und Versöhnung“ mit Erika Steinbach; Protest gegen das Verschleppen der Einsetzung eines Brandenburger Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen.

In den neuen UOKG-Vorstand, der ab 1.1.2010 amtiert, wurden gewählt: Rainer Wagner – Bundesvorsitzender, Ernst-O. Schönemann – 1. Stellvertreter, Theo Mittrup – 2. Stellvertreter, Richard Buchner, Siegmund Faust, Anita Goßler, Lothar Scholz – Beisitzer; der Schlichtungskommission gehören erneut an Dr. Dietrich Koch – Vorsitzender, Sibylle Dreher, Tino Stephan – Beisitzer. ■



Foto: N. Radlitz

Neu im Vorstand und einzige Frau: Anita Goßler, Hoheneckerin.

Weihnachten im Lager

Weihnachten weit weg von der Heimat, von den Lieben, in der Unfreiheit, ist zwangsläufig traurig, wehmütig und zum Heulen. Die Lagerverwaltung hatte Anweisung gegeben, jede Tannennadel, die wir von der Waldarbeit mitbrachten, zu konfiszieren, jedes gemeinsame Weihnachtslied sofort zu unterbrechen. Bei Strafe! Und doch gibt es Situationen, in denen man für kurze Zeit diese Weltuntergangsstimmung vergißt. So zur Heiligen Nacht 1954, Potjma in Mordowien, etwa 500 Kilometer von Moskau entfernt Richtung mittlerer Ural. Zwangsarbeitslager, Menschen aller europäischen Nationen sowie sämtlicher sowjetischer Völkerschaften, einschließlich mittelasiatischer Usbeken, Tadschiken, Kirgisen und Tschetschenen, fast immer zu den obligatorischen 25 Jahren, manche sogar zu drei mal 25 Jahren verurteilt. Die meisten seit sieben oder acht Jahren ohne jegliche Verbindung zu ihrer Heimat und den Angehörigen, dort inzwischen meist für tot gehalten.

Seit Stalins Tod im März 1953 hatte sich einiges gebessert, die Arbeitszeit wurde von zwölf Stunden täglich auf 10 Stunden herabgesetzt, und es gab sogar etwas Geld dafür. Wir durften die Sträflingsnummern – die riesengroß auf dem Rücken unserer Wattejacken aufgemalt

waren, um bei der Flucht sofort als Strafgefangener erkannt zu werden – entfernen, ebenso die auf der Hose und der Mütze. Aber im glorreichen Jahr 1953 durften wir, die Ausländer, zum ersten Mal eine offizielle Rotkreuzkarte schreiben. Vier Wochen hin, und vier Wochen bis zur Antwort – der Jubel kannte keine Grenzen! Mein lieber Junge, schrieb meine Mutter! Die Tränen liefen!

Aber dann trafen Pakete ein. Nach ewiger Zeit Pakete aus Deutschland über einige 1000 Kilometer! Und dann ging es zur Ausgabe: Lange Holztische in der Mitte der Baracke, davor in freudiger Erwartung die Häftlinge, dahinter die kontrollierenden Soldaten, die nach Aufruf des Namens vor unseren Augen die Pakete öffneten. Wurst in Dosen. Wurst, was war das noch? Schokolade und Zigaretten, Schmalzfleisch und eine Kokosnuß! Und dabei entwickelten sich mit den oft recht einfachen Kontrolleuren aus den sibirischen Wäldern nun seltsame Gespräche, über Dinge, die sie in ihrem Leben noch nie gesehen hatten. Die Kokosnuß stiftete ziemliche Verwirrung. Ein unerlaubtes Ding, das bei der Unterweisung im Katalog der unerlaubten Dinge nicht erklärt worden war? Beim Schütteln hellte sich seine Miene auf – da gluckerte doch etwas. Also doch Verbotenes! „Was



Foto: Scholz

Workuta (aufgenommen 2004).

ist das? Eine Oreh (Nuß), erzähl mir doch nicht solchen wsdor (Unsinn)! Nüsse sind viel kleiner! Und was ist da drin!“ – „Milch!“ Seine Augen weiteten sich ungläubig. Ja, wie soll man einem Eingeborenen in diesem Verbannungsgebiet, das er selbst nicht ohne Propusk (Passierschein) verlassen darf, und der keine Vorstellung von der Welt da draußen hat, das erklären? „Wer weiß, wie Kokosnuß auf Russisch heißt?“ Wer schon, niemand. „Also, diese Dinger kommen aus Afrika und dienen den Affen dort als Nahrung.“ – „Affennahrung? Dann ist es für euch Faschisten gerade recht. Hier, nimm es!“ So hatte er seine Pflicht getan und ich hatte meine Kokosnuß, juchhu, das war mal ein Weihnachten! Das achte inzwischen. Wer konnte damals schon ahnen, daß es das letzte in unserem „Gastland“ sein würde...

Lothar Scholz

Erinnert

Weiches Papier für harte Zeiten

„Freude oder Furcht – oder beides?“ fragten wir im vergangenen Jahr die Leser, um zu erfahren, wie und mit welchen Gefühlen ehemalige politisch Verfolgte der SBZ/DDR den Fall der Mauer 1989 erlebten.



Wenige Kilometer hinter der Trennungslinie zwischen Niedersachsen und dem Bezirk Magdeburg liegt Wolfenbüttel. In dieser schönen Stadt gab es einen großen Betrieb, der den Kräuterlikör mit dem Hirschkopf produzierte. Wenige Wochen nach dem Fall der Mauer hatte diese Firma Bürger aus der DDR auf ihr Betriebsgelände eingeladen. Für die Besucher gab es Kaffee und Kuchen und einen wundervollen Kräuterlikör. Die DDR-Bürger konnten aber auch ihre Ostmark gegen einen Bon umtauschen, und für diesen bekamen sie an den errichteten Verkaufsständen jene begehrten Waren, die im Osten noch nicht zu haben waren. Bananen und andere Südfrüchte wurden eingesackt, aber auch Kofferradios und andere schöne Dinge, die nur aus dem Westfernsehen bekannt waren.

Ein ganz besonderer Spaß ist in unserer Erinnerung hängengeblieben. Man durfte auch die Toiletten auf dem Betriebsgelände benut-

zen. Was haben wir über diese sauberen Anlagen gestaunt. So etwas hatten wir in unserem Betrieb noch nicht gesehen. Wandfließen bis an die Decke kannten wir „Ossis“ nun wirklich nicht. Außerdem gab es wunderbar weiches Toilettenpapier. Meine Frau (und andere vermutlich auch) hat sich von diesem wundervollen Toilettenpapier erst einem eine kräftige Portion abgerollt und für harte Zeiten mit nach Hause genommen. So etwas wird juristisch vielleicht als „Mundraub“ eingestuft und ist bestimmt schon verjährt. Aber gelacht haben wir noch lange darüber. Zehn Jahre später schickten wir der Firma einen Brief und gestanden unsere Schandtat ein. Natürlich bedankten wir uns auch für diese schöne Idee des Betriebes, DDR-Bürger damals einzuladen. Als Spaß legten wir noch eine übriggebliebene Rolle DDR-Klopapier dazu. Die netten Menschen sollten auch mal sehen, welche Qualität das damalige Ost-Erzeugnis hatte.

Hanns Osterloh, Halberstadt

Freilassung fordern

Am 7. Juli 2009 wurde der kubanische Arzt und Menschenrechtler Dr. Dariel Ferrer verhaftet. Ihm wurden die Hände gefesselt und acht Polizisten verprügelten ihn brutal – vor den Augen seines achtjährigen Sohnes. „Ich will nicht, daß sie ihn umbringen“, sagte das Kind. Aus diesen Worten spricht seine ganze Angst um den Vater. Seither ist der Junge traumatisiert. Damit nicht genug, wurde ein Gift-

anschlag auf ihn verübt. Nähere Einzelheiten sind zur Zeit noch nicht bekannt.

Der Arzt Dr. Ferrer wurde verhaftet, weil er mehrfach die unzureichende medizinische Versorgung mittelloser Kubaner und die Lebensbedingungen in den kubanischen Elendsvierteln kritisierte sowie auf Folter und Mißhandlungen in kubanischen Haftanstalten hinwies. Inzwischen hat er auch Berufsverbot.

Bitte helfen Sie dem Jungen und seinem Vater, indem sie sich mit Briefen oder auch Karten für die bedingungslose Freilassung Dr. Ferrers bei der kubanischen Regierung einsetzen: An General Raoul Castro Ruz, Presidente de los Consejos de Estados de Ministros, Ciudad de la Habana, Rue Sisevat, Republik Cuba

Heinrich Brechtmann,
Betreuer kubanischer politischer Häftlinge

Berichtigung

In Ausgabe 7/2009, S. 7, ist uns ein inhaltlich gravierender Fehler unterlaufen. Im Beitrag „...wird zu Altkaderland“, Offener Brief von Dr. Uwe Bastian, haben wir fälschlich die Flächengröße von über 1600 Agrarunternehmen, die überwiegend im Privatbesitz ehemaliger SED-Nomenklaturkader sind, mit 100 ha angegeben.

Richtig ist: Die einzelnen Agrarunternehmen haben eine Flächengröße von über 1000 ha.

Die Redaktion

Suchanzeige

Wer erinnert sich?

An meinen Großvater, Richard Christ, geboren am 29. August 1883 in Berlin. Er wohnte in Königs Wusterhausen und war Justizinspektor. Im Jahr 1945 wurde er zweimal von den Russen festgenommen, verhört und wieder freigelassen. Die dritte Festnahme erfolgte am 18. Juli 1945. Seitdem wird er vermißt. Er soll im Lager Sachsenhausen gewesen sein.

Für Hinweise wäre dankbar: Friederike Christ, Tel. (089) 78 07 86 61 oder (01 77) 340 59 39

Dank

Am 9. November hielt Angelika Barbe vor den Mitgliedern des Rotarier Clubs Nagold-Herrenberg einen Vortrag über die Friedliche Revolution 1989 und berichtete dabei auch über die politischen Opfer der DDR und über die UOKG. Daraufhin beschlossen die Rotarier, dem Dachverband eine Spende von 500 Euro als Grundstock eines Hilfsfonds für ehemalige politisch Verfolgte zu überweisen. Die UOKG dankt herzlich dafür!

Herzlichen Glückwunsch!

Im Rahmen der Veranstaltung „Gegner des SED-Unrechts“ hat Bundespräsident Horst Köhler am 16. November 2009 zwölf Frauen und Männer mit dem Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet.

Geehrt wurden:

Jörg Drieselmann – ehemaliger politischer Häftling, heute Leiter der „Forschungs- und Gedenkstätte Normannenstraße“ in Berlin

Berthold Dücker – flüchtete erfolgreich über den Todesstreifen in den Westen, baute nach 1989 das Grenzmuseum „Mahn-, Gedenk- und Begegnungsstätte Point Alpha“ auf

Prof. Dr. Rainer Eckert – leistete seit dem Einmarsch der Truppen des Warschauer Pakts in Prag 1968 Widerstand gegen das SED-Regime, heute Direktor des Zeitgeschichtlichen Forums Leipzig

Jutta Fleck – die „Frau vom Checkpoint Charlie“, kämpfte nach ihrem Freikauf aus DDR-Haft mit öffentlichen Aktionen für die Ausreise ihrer Kinder, engagiert sich in der politischen Bildung

Roland Geipel – unterstützte als Oberpfarrer in der DDR die Oppositionsbewegung, setzt sich für aktive Auseinandersetzung mit der SED-Vergangenheit ein

Benno von Heynitz – neun Jahre politischer Häftling u.a. in Bautzen, Mitbegründer des Bautzen-Komitees und Engagement beim Aufbau der Gedenkstätte Bautzen sowie der Stiftung Sächsische Gedenkstätten

Dr. Hubertus Knabe – Historiker und wissenschaftlicher Direktor der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, setzt sich für die Opfer der SED-Diktatur, für die Aufklärung von Verbrechen des kommunistischen Systems und politische Bildungsarbeit mit Jugendlichen ein

Martin-Michael Passauer – unterstützte als Pfarrer in Ost-Berlin oppositionelle Gruppen und trug Verantwortung für staatskritische Veranstaltungen, ist in der Aufarbeitung der SBZ/DDR-Vergangenheit aktiv
Christoph Polster – Pfarrer, war Mitbegründer des Neuen Forums in Cottbus und der Bewegung „Schwerter zu Pflugscharen“, engagiert sich gesellschaftlich

Erika Riemann – malte als 14-Jährige auf einem Stalin-Bild eine Schleife um den Schnurrbart und verbüßte dafür mehr als acht Jahre Haft, tritt als Zeitzeugin der Verklärung der DDR entgegen

Heinz Schwollius – als Jugendlicher vom NKWD wegen angeblicher Werwolfstätigkeit zum Tode, später zu zehn Jahren Arbeitslager verurteilt, beteiligte sich nach 1989 an der Rettung der Totenlisten der ehemaligen DDR-Haftanstalten Waldheim und Torgau, setzt sich heute als Zeitzeuge in der politischen Bildung ein

Jochen Stern – Schauspieler und Autor, von 1947 bis 1954 politische Haft in Bautzen, verarbeitete diese Erfahrungen in seinen Büchern, engagierte sich im Herbst 1989 für den Erhalt der U-Haftanstalt des MfS in Frankfurt/Oder, wirkt dort bis heute an der Gedenk- und Dokumentationsstätte „Opfer politischer Gewaltherrschaft“ und arbeitet als Zeitzeuge

„Sie nahmen mir nicht nur die Freiheit“

Schon auf dem Umschlag ein erschütterndes Foto: Im geöffneten Kofferraum eines Mercedes mit West-Berliner Kennzeichen liegt Autorin Eva-Maria Neumann mit Ehemann und dreijähriger Tochter. Fotografiert hat diese Szene ein MfS-Angehöriger. Er dokumentierte Angst und Schrecken auf den Gesichtern der entdeckten DDR-Flüchtlinge.

Von da an begann der dramatische Weg dieser drei Menschen, die sofort auseinandergerissen wurden. Während Rudolf Neumann nach dem Prozeß über Cottbus in das Zuchthaus Brandenburg gebracht wird, kommt das Kind zu den Großeltern.

Für Eva-Maria Neumann beginnt eine besonders harte Zeit, sie erkrankt schwer im Zuchthaus Hoheneck, die Verlegung ins Haftkrankenhaus Meusdorf bringt keine Besserung, ihre Krankheit verschlimmert sich massiv.

Erst nach ihrem Freikauf und dem ihres Mannes 1978 – die Tochter muß noch zwei Jahre auf die Ausreise warten – kann sich Eva-Maria Neumann medizinischer Behandlung unterziehen. Trotz all dieser Erfahrungen schreibt die Autorin keinen „Rachetext“, sie ist um sachliche Darstellung bemüht, und das macht das Buch besonders lesenswert. Sie wollte

nicht mit der DDR abrechnen, wie sie selbst schreibt, sondern es treibt sie die Sorge um, daß die neue Freiheit wieder verspielt werden könnte.

1951 in Leipzig geboren, war die Autorin nach Beendigung ihres Musikstudiums Geigenlehrerin. Bereits kurz nach ihrer Haftentlassung hat sie versucht, die tragischen Geschehnisse niederzuschreiben, doch erst 30 Jahre später war es ihr möglich, ein Buch daraus zu machen. Vor allem jungen Leuten sollte dieses bewegende Zeitdokument nahegebracht werden.

A.O.

.....
Eva-Maria Neumann: Sie nahmen mir nicht nur die Freiheit, Piper Verlag, München Zürich 2008, 304 S., 8,95 €

Gegner raus – Devisen rein

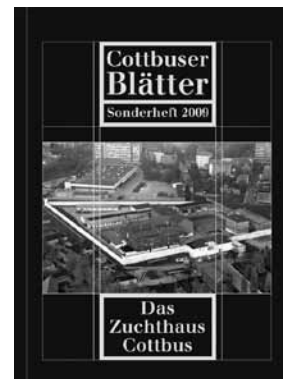
In der Ära Honecker war das Zuchthaus Cottbus zweitgrößtes Gefängnis der DDR, mit 80 Prozent politischen Häftlingen. Hier konzentrierte die SED ihre Staatsfeinde – Schriftsteller, Schauspieler, Musiker, Ingenieure, Ärzte, Wissenschaftler, Pfarrer – die kritische Intelligenz der DDR. Von hier aus wurden die meisten Häftlinge (zwischen 5000 und 8000) in die Bundesrepublik freigekauft: sozialistischer Menschenhandel.

Seit Bestehen der DDR und schon in der Zeit von 1945 bis 1949 haben Opfer und Opferverbände wie Don Quichotte gegen die Windmühlenflügel gekämpft. Die offizielle Bundesrepublik Deutschland wollte das Leid der Betroffenen immer weniger namhaft machen. Heute müssen wir die anwachsende Beschönigung der SED-Diktatur erleben, ebenso wie den Einzug der Täter und ihrer Gesinnungsgenossen in die Parlamente. 1990 wurde der Arbeitsausschuß der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte mit dem Hinweis aufgelöst, daß jetzt die Zeit für Historiker, Journalisten, Soziologen und Juristen gekommen sei, die Geschichte aufzuarbeiten. Die juristische Aufarbeitung war eine reine Enttäuschung. In den Schulbüchern fristet dieses Thema ein kümmerliches Dasein. Aber es gab in der Tat eine Reihe von Publikationen, auch im Film wurden viele Dinge aufgearbeitet. Was die offiziöse SED-Forschung unter die Leute gebracht hat, ist dürrtig. Mit der jetzt erschienenen Broschüre des B.Z.-Redakteurs Dr. Tomas Kittan ist eine neue Qualität erreicht. Der Autor, ein „gelernter Ossi“, promovierte kurz nach dem Mauerfall über den Kampf für die Pressefreiheit in den Revolutionsjahren 1848/49. Er ist ein typisches Beispiel für

das, was Willy Brandt ankündigte, und das im besten Sinne: „Jetzt wächst zusammen, was zusammen gehört.“

Nach dreijähriger Arbeit wurde zum 20. Jahrestag des Falls der Mauer „Das Zuchthaus Cottbus“ der Öffentlichkeit vorgestellt. Erstmals wurde die 150-jährige Geschichte dieses Gefängnisses gründlich recherchiert und mit vorzüglichem Bildmaterial versehen. Besonders eindrucksvoll sind die persönlichen Schilderungen ehemaliger Insassen, allesamt politische Häftlinge. Dem gegenüber steht die Befragung einiger Schließer und anderer Beschäftigter. Die bei der Bundesbehörde für die Stasi-Unterlagen gefundenen Berichte der DDR-Untersucher bestätigen die Aussagen der Häftlinge. Die Haftbedingungen werden in ihrer Grausamkeit detail- und wahrheitsgetreu geschildert. Das kann der Rezensent, selbst ehemaliger politischer Häftling (1970-1971), aus eigener bitterer Erfahrung bestätigen. Ein Blick auf Verrat und andererseits Kameradschaft rundet das Bild ab. Es ist eine düstere Atmosphäre, in die das Buch den Leser führt. Etwa 1000 Zeitzeugen wurden gefunden und fast 500 von diesen persönlich befragt. 10 000 Archivalien mußten gesichtet

werden. Man merkt es bei der Lektüre, so etwas ist mit unendlich viel Arbeit verbunden. Das Ergebnis überzeugt mit seiner Ausgewogenheit und Detailtreue. Bemerkenswert sind die ersten belegten Angaben bzw. fundierten Schätzungen zum Anteil der „Politischen“ in Cottbus und zum Freikauf. Damit weist der Autor nach, daß Cottbus nicht nur eine „normale“ Haftanstalt unter den 200 Gefängnissen der DDR war. Das Zuchthaus hatte eine Doppelfunktion, so wird anschaulich berichtet. Zum einen wurden die Regime-Gegner unter unmenschlichen Bedingungen weggesperrt, zum anderen brachte der Verkauf dieser an den Westen ca. 500 Millionen DM. So sollte der Sozialismus gefördert werden – Gegner raus, Devisen rein.



Was fehlt, ist die Auswertung der regierungsamtlichen Akten und Freikauflisten. Diese lagern im Bundesarchiv und sollten nach 20 Jahren frei zugänglich sein. Sollte dies nicht möglich sein, wäre ein Bericht über die Ablehnungsgründe erhellend. Alles in allem liegt ein vorzügliches Werk über den Unterdrückungsapparat der SED vor, das helfen kann, den Mehltau über den Schrecken der Verfolgung Andersdenkender zu lichten.

Wulf Rothenbächer

(Dr. med. Wulf Rothenbächer war Sprecher des Arbeitsausschusses DDR in der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte IGfM.)

.....
Tomas Kittan: Das Zuchthaus Cottbus. Cottbuser Blätter, Sonderheft 2009, Regia Verlag, Cottbus 2009, ca. 142 S., 19,95

Zum Tode verurteilt – Überleben im GULag

Es ist der Weg von der Verhaftung bis zur Rückkehr aus dem GULag. Mit dem Abstand der Jahre beschreibt Autor Friedrich-Franz Wiese den Weg durch die unvorstellbaren Schrecken von Unrecht und Gewalt. Fast ohne Emotionen gelingt es ihm, auch den Nachgeborenen seine Erlebnisse und Empfindungen eindrucksvoll zu schildern.

Friedrich-Franz Wiese und Arno Esch wurden am 18. Oktober 1949 als Studenten in Rostock verhaftet. Mit den unsinnigsten Vorwürfen wurde eine „Gruppe Esch“ konstruiert, und so standen 14 junge Liberaldemokraten vor einem sowjetischen Militärtribunal in Schwerin. Vier Todesurteile, der Rest jeweils 25 Jahre Arbeitslager, einige davon mehrfach – das war das erste Urteil. Ein zweiter Prozeß folgte, und noch einmal wurden drei Todesurteile gesprochen, jetzt auch gegen Wiese. Von den sieben Todeskandidaten hatte nur einer unvorstellbares Glück: Wiese wurde begnadigt zu 25 Jahren Straflager.

Wie lebt man über mehrere Monate auf der Schwelle des Todes, ohne jeden Kontakt zur Familie, ohne daß jemand von dem bedrohlichen Schicksal der spurlos Verschwundenen etwas weiß? Dann folgt die eiskalte Konfrontation mit einem der Mächtigen, der aber voller Arroganz die Rückkehr ins Leben nicht mit Worten ausdrückt, sondern nur mit höhnischen Gesten und Papierkritzeleien, mit „nix puh - 25“ das Erhoffte, aber nicht zu Erwartende andeutet. Es schließt sich der lange Weg durch die Lager Sibiriens an, der in vielen kleinen Erlebnisberichten erzählt wird, die sich zu einem Gesamtbild formen. Wer Friedrich-Franz Wiese irgendwann gehört hat, wird den Tonfall seiner Stimme aus dem Text wahrnehmen. Er steht dabei fast distanziert zu sich selbst und macht so im hohen Maße betroffen. Er schreibt von Willkür und kleinen Menschlichkeiten des Wachpersonals, von permanentem Hunger und unerschütterlicher, hoffnungsvoller Zuversicht, von lebenszerstörender Schinderei in den Wäldern Sibiriens und von den stets bewahrten menschlichen Bindungen. Seinem Vater, der alleine zu Hause sitzt, denn Mutter, Schwester und Bruder sind ebenfalls verhaftet, spricht er in einem Brief Mut und Hoffnung zu

und bittet dieses weiterzugeben. „Es gibt Bücher von denen man sagt, das müßten alle lesen. Dies hier ist so ein Buch“, schreibt Horst Schüler in seinem Vorwort.

Diese Erinnerungen drücken das Anliegen von Friedrich-Franz Wiese aus, niemals zu vergessen, wohin der Verlust der Freiheit führt. Das Manuskript konnte er noch abschließen. Das fertige Buch hat er nicht mehr gesehen. Am 5. Oktober 2009 ist Friedrich-Franz Wiese gestorben. – „Ich hatte sehr viel Glück in meinem Leben“, war das letzte, was ich kurz vor seinem Tode von ihm gehört habe.

Peter Moeller

.....
Friedrich-Franz Wiese: Zum Tode verurteilt! – Überleben im GULag. Mit einem Vorwort von Horst Schüler, B-Verlag und Medien GbR, Rostock 2009, zahlreiche Abbildungen von Dokumenten und zeitgenössischen Fotos, 222 S., 15,00 €

Geheimen Schicksale

Es war ein beeindruckender Film, der da am 14. November vom Fernsehsender VOX ausgestrahlt wurde. Ein Film, der betroffen machte, selbst jene, die glaubten, doch schon lange alles über die Diktatur der DDR zu wissen. Es war diese unspektakuläre und doch so eindringliche Art, in der die Frauen über das Grauen ihres Erlebten berichteten. Frauen, die eingesperrt wurden, weil sie sich nichts anderes wünschten, als das Land, in dem sie leben wollten, selbst zu bestimmen. Frauen, die es zaghaft wagten, die politischen Verhältnisse der DDR zu kritisieren. Immerhin 0,51 Millionen Zuschauer sollen den Film gesehen haben, was einer Einschaltquote von 4,4 Prozent entsprach, mehr als der „Musikantenstadl“, der gleichzeitig bei der ARD lief.

Und doch, es hätte ein besserer Film werden können. Es wäre es dann geworden, wenn man nicht eine ganze Generation von Frauen einfach ausgelassen hätte. Wo war in dem Beitrag eine jener Frauen zu sehen, die als erste im Winter 1950 nach Hoheneck kamen? Die in den sowjetischen Lagern Bautzen und Sachsenhausen zuvor schon fünf Jahre Lagerleben überstanden hatten und dabei Tausende von Mitgefangenen an Hunger und

Veranstaltungen

16.12. (Mi), 9.00 Uhr:

Protest! Gegen den Stasi-Sumpf in der rot-roten Koalition von Brandenburg. Aktion der VOS – alle Opferverbände und Gleichgesinnte sind eingeladen, vor Beginn der Landtagssitzung zu protestieren! Ort: Am Havelblick 8, Parkplatz vor dem Landtag in Potsdam, zehn Minuten Fußweg vom Hauptbahnhof; bitte Schilder, Transparente, Trillerpfeifen usw. mitbringen

17.12. (Do), 13.00-18.00 Uhr:

Besuchertag mit Archivführungen, Bürgerberatung, Antragstellung, Filmvorführungen; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Dresden; BStU Außenstelle, Riesaer Str. 7, 01129 Dresden

17.12. (Do), 13.00-18.00 Uhr:

Informationstag mit Bürgerberatung, Antragsannahme, Musterakten; Veranstaltung der BStU Außenstelle Neubrandenburg; Ort: Ferdinandshof, Schulstr. 4, 17379 Ferdinandshof

17.12. (Do), 20.00 Uhr:

Der Stasi-Film zwischen Archiv-Dokument und Kinokurzfilmprogramm. Kurzfilmprogramm und Podiumsdiskussion u.a. mit Holger Kulick, Regisseur; Veranstaltung der BStU; Ort: Zeughauskino, Unter den Linden 2, 10117 Berlin

19.12. (Sa), 14.00 Uhr:

Öffentliche Führung in der Dokumentations- und Gedenkstätte der BStU in der ehemaligen Untersuchungshaftanstalt der Staatssicherheit in Rostock. Veranstaltung d. BStU Außenstelle Rostock; Ort: Dokumentations- und Gedenkstätte der BStU in der ehemaligen U-Haftanstalt der Staatssicherheit, Hermannstr. 34 b (Zugang über Augustenstr./Grüner Weg), 18055 Rostock

22.12. (Di), 10.00-18.00 Uhr:

Bürgersprechstunde. Veranstaltung d. BStU; Ort: Altes Rathaus, Am Alten Markt 9, 14467 Potsdam

23.12. (Mi), 15.30 Uhr:

Öffentliche Führung in der Dokumentations- und Gedenkstätte der BStU in der ehemaligen Untersuchungshaftanstalt der Staatssicherheit in Rostock. Veranstaltung d. BStU Außenstelle Rostock; Ort: Dokumentations- und Gedenkstätte der BStU in der ehemaligen U-Haftanstalt der Staatssicherheit, Hermannstr. 34 b (Zugang über Augustenstr./Grüner Weg), 18055 Rostock

30.12. (Mi), 17.00 Uhr:

Archivführung. Veranstaltung d. BStU Außenstelle Leipzig; Ort: BStU Außenstelle, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

5.1. (Di), 17.00 Uhr:

Archivführung. Veranstaltung d. BStU Außenstelle Magdeburg; Ort: BStU Außenstelle, Georg-Kaiser-Str. 4, 39116 Magdeburg



15.1. (Fr), 19.30 Uhr:

NKWD-Haftanstalten und ihr Fortbestand in der DDR – Die Gedenk- und Begegnungstätte Leistikowstraße in Potsdam.

Vortrag von Dr. Ines Reich in der Reihe „Zwischen Kriegsende und Staatsgründung. Sowjetische Speziallager, Strafverfolgung und das Wirken der deutschen Verwaltung in der SBZ und frühen DDR“; Veranstaltung d. Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora u.a.; Ort: Tourist-Information Weimar, Markt 10, 99423 Weimar

22.1. (Fr), 19.30 Uhr:

Politische Strafjustiz in der SBZ/DDR – Voraussetzungen und Anfänge. Vortrag von Prof.Dr. Hermann Wentker in der Reihe „Zwischen Kriegsende und Staatsgründung. Sowjetische Speziallager, Strafverfolgung und das Wirken der deutschen Verwaltung in der SBZ und frühen DDR“; Veranstaltung d. Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora u.a.; Ort: Tourist-Information Weimar, Markt 10, 99423 Weimar

26.1. (Di), 18.15 Uhr:

Eine basisdemokratische Bewegungspartei im Parlament. Kommunikationsformen der Grünen während ihrer ersten Legislaturperiode im Bundestag 1983-1987. Vortrag von Tobias Scheufele, BStU; Veranstaltung d. BStU; Ort: BStU, Karl-Liebknecht-Str. 31/33, Bibliothek (Eingang Haus 31), 10178 Berlin

27.1. (Mi), 17.00 Uhr:

Archivführung. Veranstaltung d. BStU Außenstelle Leipzig; Ort: BStU Außenstelle, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

27.1. (Mi), 19.00 Uhr:

Das Jahr der deutschen Einheit – Mythen und Irrtümer. Mit Markus Meckel, Mitbegründer der SDP, Prof. Dr. Andreas Rödder, Thomas Schmidt, Chefredakteur Die Welt, Prof.Dr. Michael Succow; Veranstaltung des Berliner LStU und der Robert-Havemann-Gesellschaft; Ort: Axel-Springer-Hochhaus Berlin; nur mit vorheriger Anmeldung: info@havemann-gesellschaft.de oder Fax (030) 44 71 08 19

29.1. (Fr), 19.30 Uhr:

Die Gründung der DDR im Oktober 1949. Vortrag von Dr. Stefan Wolle; Veranstaltung d. Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora u.a.; Ort: Tourist-Information Weimar, Markt 10, 99423 Weimar

5.2. (Fr), 19.30 Uhr:

Die Auflösung des sowjetischen Speziallagers Buchenwald 1950. Vortrag von Dr. Bodo Ritscher; Veranstaltung d. Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora u.a.; Ort: Tourist-Information Weimar, Markt 10, 99423 Weimar

Krankheit sterben sahen. Die bei ihrem Einzug in Hoheneck glaubten, daß es nun endlich besser werden würde, denn man kam ja zu den Deutschen, da verhungert keiner. Dabei gelang es ihnen erst 1953 mit einem wochenlangen Hungerstreik, sich wirklich bessere Haftbedingungen zu erkämpfen. Wo waren die Frauen der 50er Jahre, die z.B. wegen ihres Eintretens für die SPD inhaftiert wurden oder die Teilnehmerinnen am 17. Juni?

Sie wurden alle abgehandelt in einem knappen Beitrag des Autors dieser Zeilen, dessen Mutter zu jenen Frauen gehörte und der über sie und sich kurz etwas erzählen durfte. War da wirklich keine Zeit, eine Margot Jann berichten zu lassen, die als junge Schülerin unschuldig von einem SMT zunächst zum Tode verurteilt und dann wegen ihrer Jugend zu 25 Jahren „begnadigt“ wurde? Die jahrelang den Frauenkreis der Hoheneckerinnen leitete. Oder eine Elfriede L., die wegen „Propaganda gegen die kommunistische Partei Deutschlands“ in Hoheneck einsaß und deren Kind im November 1950 dort nur noch als Totgeburt auf die Welt kam? Gehören sie nicht auch zur Geschichte von Hoheneck, zur Geschichte der DDR?

Es ist ein wichtiger und guter Film geworden, den die Spiegel-TV-Autoren Susanne Gerecke und Kay Siering gemacht haben. Es hätte aber auch ein ganz großer Film werden können. Schade, denn hier wurde die Chance vertan, über die ganze Geschichte des berüchtigtsten Frauengefängnisses der DDR zu berichten.

Alexander Latotzky

Herzlichen Dank unseren Spendern

Hans Corbat, Paul u. Elisabeth Garske, Helmut u. Ida Henke, Joachim Lummitsch, Erna Padel, BSV Berlin, Spenden und Beitragskonto, 7194 209 200, Berliner Bank AG, BLZ 100 200 00, Absenderangabe nicht vergessen! Verwendungszweck bitte mit „Beitrag“ oder „Spende LV Berlin“ angeben (Stacheldraht-Konto siehe Impressum unter „Redaktion“).

Die Spenden sind steuerlich absetzbar. Bei Bedarf wird eine Spendenquittung zugestellt.

Buchtip

Gefangen in Hohenschönhausen

Stasi-Häftlinge berichten

Von Hubertus Knabe

Ullstein Taschenbuch Verlag 2007, 320 S.

Leser aus dem Freistaat Sachsen können das Buch kostenlos über die Sächsische Landeszentrale für politische Bildung in 01129 Dresden, Schützenhofstraße 36, beziehen.

Der BSV Berlin-Brandenburg gratuliert seinen Mitgliedern, die im Dezember Geburtstag haben

Kurt Große am 1. Dezember, Wolfgang Heitmann am 5. Dezember, Horst Popper am 7. Dezember, Willi Ulich am 8. Dezember, Willy Jebautzke am 13. Dezember, Dr. Kurt Hauschild am 14. Dezember, Gerhard Balzert am 15. Dezember, Günther Triebisch am 16. Dezember, Erna Kalauch am 17. Dezember, Rainer Schmiedel am 18. Dezember, Ingeborg Dudlitz, Klaus-Jürgen Hager, Heinz Nietsch, Brigitte Schäfer am 20. Dezember, Werner Heupel am 21. Dezember, Ilse Dittmer am 23. Dezember, Claudia Braath, Elke Daßlau, Christiane Nickel am 25. Dezember, Martin Zillmer am 26. Dezember, Rudolf Pahl am 27. Dezember, Irmgard Rautenberg am 29. Dezember, Fritz Stahlberg am 30. Dezember
Auch allen nicht genannten Lesern, die Geburtstag haben, gratuliert herzlich

die Redaktion

UOKG e.V.

Ruschestra. 103, Haus 1
10365 Berlin
Fax (030) 55 77 93 40

Beratung:

Florian Kresse, Mo-Do, 10-16 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 53
E-Mail kresse@uokg.de

Carola Schulze, Mi-Fr, 10-16 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 52
E-Mail schulze@uokg.de

Für persönliche Beratungen wird die telefonische Anmeldung empfohlen.

Projektmanagement:

Theo Mittrup, Do 10-16 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 51
E-Mail mittrup@uokg.de

Das Projekt wird gefördert vom LStU Berlin.

Besonders danken wir allen, die für den STACHELDRAHT gespendet haben

Gerd Ahnert, Hartmut Behle, Lutz Behrisch, Almuth Braun, Lars-Hans Brodersen, Karl u. Barbara Brömel, Anneliese u. Ulrich Büttner, Wolfgang Cunow, Dr. Karl-Heinrich Ebel, Margita Eikenberg, Waltraud Ewert, Bernd u. Liane Freudenhagen, Günther u. Christa Frick, Ralf Georgi, Rolf u. Lieselotte Göbel, Joachim Golde, Siegfried Grundig, Dieter Henning, Dorothea Hinz, Initiativgruppe Internierungslager Jamlitz, Heinrich Kallmer, Ulrich Kirmse, Reinhold u. Irmgard Klindt, Karl u. Maria Kolbe, Heinz Kühn, Hans-Joachim u. Marianne Listner, Dr. Jürgen u. Dr. Ilse Miersch, Otto u. Christa Milke, Günter u. Gisela Müller-Hellwig, Bodo u. Evelyne Platt, Manfred u. Gisela Rhode, Günter Roike, Roswitha Schulte-Karring, Lothar Spillner, Jochen Stern, Edith Ströhl, Dieter u. Käte Svoboda, Helge Viereck, Herbert u. Edeltraud Voigt, Margarete Weise, Carola u. Andreas Welk, Ingeborg Wrabec, Michael Wühle, H. Wüstemann

Stacheldraht-Konto: BSV Förderverein, Konto-Nr. 7184 3990 02, BLZ 100 200 00, Berliner Bank AG, Verwendungszweck „Stacheldraht-Spende“

Westkreuz-Druckerei Ahrens KG, Postfach 490280, 12282 Berlin
PVSt. DPAG, Entgelt bezahlt. 13017

Impressum DER STACHELDRAHT

Herausgegeben von der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG) und dem BSV-Förderverein für Beratungen e.V.

Redaktion: Sybille Ploog, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Tel. (030) 55 77 92 30, Fax (030) 55 77 92 31, E-Mail: der-stacheldraht@web.de
Spendenkonto: BSV-Förderverein, Nr. 7184 3990 02, BLZ 100 200 00, Berliner Bank AG

BUNDESSTIFTUNG AUFARBEITUNG Gefördert von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Verlag: Westkreuz-Verlag GmbH, Berlin/Bonn, Postfach 49 02 80, 12282 Berlin, Telefon (030) 7 45 20 47, Fax (030) 7 45 30 66
Auflage: 10 200
Verkaufspreis 1,- Euro

Herstellung und Vertrieb: Westkreuz-Druckerei Ahrens KG
Berlin/Bonn, Töpchiner Weg 198/200, 12309 Berlin
E-Mail: druck@westkreuz.de, Internet: www.westkreuz.de

Bezug über die Redaktion
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht jedoch in jedem Fall die der Herausgeber, des Fördermittelgebers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Eine nicht sinnentstellende Bearbeitung eingereicherter Texte behält sich die Redaktion vor.
Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 1. Dezember 2009

Bund der Stalinistisch Verfolgten e.V. (BSV) LV Berlin-Brandenburg

Vorsitzender: Viktor Gorynia
Beitrags- u. Spendenkonto des BSV LV Berlin: Berliner Bank AG, BLZ 10020000
Konto-Nr. 7194 209 200
E-Mail: bsvbb@yahoo.de

BSV-Förderverein für Beratungen

Geschäftsstelle: Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Telefon (030) 55 49 63 34
Fax (030) 55 49 63 35
E-Mail: bsv-beratung@gmx.de
Sprechzeiten u. Beratung, Juristin Elke Weise: Di 9-18 Uhr, Mi u. Do 10-16 Uhr

Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V.(UOKG)

Bundsvorsitzender: Rainer Wagner

Mitarbeiter der Bundesgeschäftsstelle:

Theo Mittrup, Carola Schulze, Florian Kresse
Sprechzeiten: Mo-Fr 16-18 Uhr
Tel. (030) 55 77 93-54, Fax -40
Anschrift:
Ruschestr. 103, Haus 1
10365 Berlin
Internet: www.uokg.de
E-Mail: info@uokg.de
UOKG-Spendenkonto: Nr. 7342728, Deutsche Bank, BLZ 100 700 24

Allen Leserinnen und Lesern eine frohe Weihnachtszeit und ein gutes, gesundes Jahr 2010 wünscht

die Redaktion

